Nr. 2920. Mittwoch, 22. März. (Abend-Ausgabe.) 1865.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, in Leipzig: Illgen & Fort. H. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmanns Buchhdlg.

Danziger Zeitung.

☞ Wir ersuchen unsere geehrten Leser, ihr Abonnement pro II. Quartal 1865 auf die

„Danziger Zeitung"

rechtzeitig erneuern zu wollen. Man abonnirt auswärts bei den nächsten Postanstalten, in Danzig in der Expedition, Gerbergasse 2.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Flensburg, 21. März. Wie die „Nordd. Ztg." meldet, findet heute Abend zur Vorfeier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs von Preußen großer Zapfenstreich und Fackelzug statt.

Auch in den meisten übrigen Städten beider Herzogthümer wird die Geburtstagsfeier Sr. Maj. heute Abend mit Zapfenstreich und morgen früh mit großer Reveille eingeleitet werden.

Breslau, 21. März. Die Dividende für die Oberschlesische Eisenbahn ist auf 10 Procent festgesetzt worden. Der Erneuerungsfonds beträgt 630,000, die Superdividende an den Staat 393,000 und die Steuer 163,400 Thaler.

Wien, 21. März. Im heutigen Privatverkehr war das Geschäft gering, die Haltung matt. Creditactien 183,70, Nordbahn 181,30, 1860er Loose 93,70, 1864er Loose 88,40, Staatsbahn 194,20, Galizier 219,75.

Madrid, 20. März. Die Besoldung des Gesandten bei König Franz II. ist im Budget gestrichen.

Turin, 20. März, Nachts. Die Majorität des Senats hat gegen die Abschaffung der Todesstrafe gestimmt.

Landtagsverhandlungen.

(Oldenb. C.) 25. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 21. März.

Präsident Grabow theilt mit, daß der Vorstand der Ortsabtheilung des preußischen Volksvereins zu Marienwerder sich der Neuenburger Mißtrauensadresse angeschlossen hat. Das Haus — sagt die Zuschrift des Vereins — möge den in der letzteren ausgesprochenen Bitten, namentlich in Hinsicht auf Bank- und Eisenbahnfrage, nachgeben, widrigenfalls es sich das Land bald noch mehr entfremden werde, als es schon bisher der Fall sei.

Fortsetzung der Debatte über den General-Bericht:

Abg. v. Gottberg. Der Bericht hat bereits im Lande gewirkt, er hat den Conflict verbittert, hat uns von der Verständigung abgeführt und im Lande unerfüllbare Hoffnungen angeregt. Er hat Nachtheile für das Verhältniß der Parteien zu einander und zur Krone, Nachtheile für das Land in seinem Gefolge, sonst hat er keine praktische Folge. Wie der Etat mit den verlangten Steuererlassen einzurichten sei, das hat weder die Commission zu rathen, noch die Mehrheit der Debatte nachzuholen vermocht, weil die liberale Partei selbst kein Bild von der Organisation der Armee besitzt. Das glaube ich auch nach der Rede des Abg. Virchow, der von der Pathologie zu den Militärwissenschaften übergegangen ist. Das Steuernerlassen ist einfach eine Illusion auch mit der Aufhebung der Reorganisation. Und das Volk rechnet so gut wie Sie! Sie wollen mehr für produktive Zwecke ausgeben, doch auch aus der Tasche der Steuerzahler und das werden sie merken, namentlich das flache Land und die Grundbesitzer. Mit der Entwickelung der volkswirthschaftlichen Freiheit wächst allerdings die Steuerkraft des Landes, aber nicht mit der politischen Freiheit; sie wächst nicht durch den Eintritt in das constitutionelle System, mag derselbe immerhin als ein Fortschritt aufgefaßt werden. Daran muß man denken, wenn man von dem hohen Preise der theuern Freiheit und dem wohlfeilen Absolutismus spricht, dem milden Regiment unserer absoluten Könige, das keine Knechtschaft war, und es ist eine vage Behauptung, wenn man sagt, daß sich Niemand nach ihm zurücksehnt. (Widerspruch.) Das constit. System kostet an sich und durch seine Entwickelung Geld, für das das Volk nur das Bewußtsein eintauscht eine Vertretung zu haben. Nachgiebigkeit in der Reorganisationsfrage bedeutet für die Krone ein Aufgeben ihrer Prärogative zu Gunsten des Parlamentarismus. Die Regierung hält lediglich aufrecht, was 1861 alle drei Faktoren der Gesetzgebung in vollem Einverständnisse gebilligt haben. Dafür ist ein klassischer Zeuge Hr. v. Vincke. Nun kann hinterher nicht ein Faktor der Gesetzgebung kommen und sagen: „das ist ungesetzlich", wenigstens brauchen die beiden anderen sich daran nicht zu kehren. Der Abg. Gneist, dessen juristische Schärfe ich anerkenne, hat durch seine Schärfe den Conflikt verschlimmert und ich antworte ihm jetzt mit den Worten, die er damals sagte, als das Haus die neuen Kavallerie-Regimenter streichen wollte; die Regierung, sagte er, muß darauf antworten: „Ich bin verpflichtet für die Sicherheit des Landes zu sorgen, dafür müssen mir die Mittel bewilligt werden". Die Regierung muß sich auf dem Boden des Gesetzes bewegen, etwas Anderes wollen wir ja auch nicht; aber das Haus will seine Macht vermehren und steigert seine Forderungen von Jahr zu Jahr. Erst verlangte es mit dem Abg. Gneist ein Organisationsgesetz, um die Armee nicht von jährlichen Bewilligungen abhängig zu machen; dann beschuldigte es die Regierung der Verfassungs-Verletzung, und jetzt sind neue Forderungen da. Und da reden Sie von Verständigung.

Abg. Michaelis: Wenn jedes Nachgeben der Regierung ein Verzicht auf die Prärogative der Krone wäre, so müßten wir auf das Verfassungsleben verzichten. Zum Glück hat der Herr Ministerpräsident dem andern Hause eine andere Vorstellung von dem Lebensprinzip eines Verfassungsstaates gegeben als der Herr Vorredner und dasselbe auf den Compromiß zurückgeführt. Es ist unzweifelhaft klar gestellt, daß wir der Regierung die Gelegenheit zur Versöhnung geboten haben, und nicht unsere Schuld, daß sie die Gelegenheit nicht benützt und ihre alte Schroffheit fortdauert. Der Hr. Kriegsminister hat gestern auseinandergesetzt, wie das Budget im Staatsministerium zu Stande kommt; gerade so verfährt auch das Haus, und so stehen sich beide Seiten mit dieser identischen Behandlung vollkommen gleich gegenüber. Die Commission hat erkannt, daß der schnellste Fortschritt der Ausgaben im Militäretat zu finden, daß dies der Hauptfehler des Etats und die Armee-Reorganisation der Grund derselben ist. Der Hr. Kriegsminister hat uns Prozentsätze vorgeführt, die nichts beweisen. Daß wir durch Prozentsätze die große Frage des Landes und Hauses nicht lösen, ist schon gesagt, aber auch Vergleiche zwischen den zwanziger Jahren und der Gegenwart treffen nicht zu. Wir stehen dem Militäretat gegenüber als Gesetzgeber; unsere Aufgabe ist nicht allein, bestehendes Recht festzuhalten, sondern neues Recht zu schaffen. Gestern ist man von der finanziellen Seite der Sache schnell auf die Friedensstärke der Armee gekommen, diese ist auch in der That der Cardinalpunkt der Militärfrage. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie nicht nur die Größe der Lasten, sondern die Grundlage der Reorganisation feststellt. Der Standpunkt, den das Ministerium einnimmt, ist der der souveränen Militärtechnik. Der Herr Kriegsminister sagt, uns: gegeben ist die Friedensstärke, gegeben sind die Cadres, gegeben die Kriegsstärke der Armee, als ich aber alle diese gegebenen Größen vor mir aufmarschiren sah, da mußte ich mich fragen: ist nicht die Gesetzgebung, ist nicht die Verfassung und dies Haus auch gegeben? (Sehr gut) Und hat die Technik dies ganz vergessen? (Sehr wahr!) Die Reorganisation muß construirt werden aus der nothwendigen Friedensstärke, danach ist dann die zulässige Kriegsstärke zu bemessen, das ist die Aufgabe der Technik. Wenn aber die Sache vom Standpunkte der souverainen Technik behandelt wird, so wird der Kriegsminister aus dem Fachminister zum politischen Minister und das ist nicht die zutreffende Stellung des Herrn Kriegsministers. Daß die Friedensstärke die Grundlage der Armee überhaupt bildet, ist keine neue Theorie, sondern es ist die Basis des Gesetzes von 1814, auf dem unsere Militair-Verfassung beruht und welches sagt: „Um diese allgemeine Verpflichtung indessen, besonders im Frieden auf eine solche Art auszuführen, daß dadurch die Fortschritte der Wissenschaften und Gewerbe nicht gestört werden, sollen in Hinsicht der Dienstleistung und Dienstzeit folgende Abstufungen stattfinden". Dann folgt die Einrichtung der Landwehr und dann folgt die Cardinalbestimmung: „Die Stärke des stehenden Heeres und der Landwehr wird nach den jedesmaligen Staatsverhältnissen bestimmt". Das Bedürfniß, daß die Fortschritte der Wissenschaften und Gewerbe, besonders im Frieden, nicht gestört werden, ist hier als Gegebenes hingestellt und nach diesem ist dann die Friedensstärke als das Erste zu normiren. Vermag dann der Kriegsminister aus dieser nicht die Kriegsstärke des Heeres, welche für die mobile Feldarmee ausreicht, herbeizuführen, so ist die Landwehr nothwendig, wie man sie 1814 als nothwendig erkannt hat, und soweit er nicht ein solches stehendes Heer zu construiren vermag, soweit ist und bleibt die Landwehr nothwendig als Theil der mobilen Feldarmee. Vermag der Kriegsminister ein solches stehendes Heer zu construiren, dann erst kommt die Frage, ob die Landwehr aus der mobilen Feldarmee austreten und in die Reserve gestellt werden kann. Die Feststellung des Friedensbestandes ist im Wege der Gesetzgebung nothwendig. Gestern ist uns vorgeschlagen, wir sollten die Cadres bewilligen und um die Friedensstärke festzustellen, an den Mannschaften streichen. Es ist ein wesentlicher Grundfehler in der Behandlung der Militairfrage seit 1860 und schon in den 50er Jahren gewesen, daß wir Beschlüsse fassen über das Geld, welches wir bewilligen sollen, während in Wirklichkeit über Menschen, die zu bewilligen sind, beschlossen wird. In den 50er Jahren ist der Friedensbestand der Armee um 20,000 Mann vermehrt, ohne daß über die Friedensziffer hier abgestimmt ist; es ist nur über das Geld berathen worden. Das ist ein materialistischer Standpunkt, auf den ich der bisherigen Gesetzgebung nicht folgen kann, obgleich den Volkswirthen meistens ein großer Materialismus vorgeworfen wird. Das Etatsgesetz ist das einzige Gesetz, von welchem der Regierung verfassungsmäßig in Form von Etats-Ueberschreitungen abzuweichen erlaubt ist, vorausgesetzt, daß die nachträgliche Genehmigung des Landtages erfolgt. Die Verfassung erlaubt die Etatsüberschreitungen, weil sie dadurch wieder gut gemacht werden können, daß, wenn die Genehmigung nicht erfolgt, der betr. Minister die verausgabten Summen restituirt. Wenn das Princip der Etatsüberschreitungen auf den Friedensbestand der Armee und die Ausgaben für denselben anwendbar wären, so könnten dieselben möglicherweise wenigstens theoretisch restituirt werden, aber der Schaden, der dadurch angerichtet ist, daß der productiven Arbeit und den eigenen Interessen so und so viel mehr Menschen im Lande entzogen worden sind, kann durch keinen Minister reparirt werden. (Sehr richtig.) Darum ist der Friedensbestand der Armee besonders zu fixiren, zu eximiren von den Etatsüberschreitungen. Gegen ihn giebt es nur das Königl. Recht, Kriegsergänzungen zusammenzuberufen, wenn ein Krieg in Aussicht steht. (Sehr richtig.) Der Hr. Kriegsminister hat gestern hier verschiedentlich angedeutet, daß es Mitglieder dieses Hauses gäbe, welche aus sachlichen Gründen gegen die von ihm verlangte Vermehrung der Armee stimmten, daß es aber auch sehr viele Mitglieder gäbe, welche aus Parteigründen dagegen stimmten, weil sie Gegner des Ministeriums seien. Der Hr. Kriegsminister hat in der Commission die Meinung ausgesprochen, daß dieses Ministerium für sehr viele Mitglieder dieses Hauses ein Hinderniß bilde für die Verständigung zwischen diesem Hause und der Krone. Diesen Sinn hat der Hr. Kriegsminister nur in einer Form ausgedrückt, wie sie seiner Stellung am besten convenirt. Nun, wenn das Staatsministerium das erkannt hat, so möge es bedenken, daß es seine Aufgabe ist, Sr. Majestät den Rath zu geben, sich mit andern Räthen zu umgeben, welche ein Hinderniß der Verständigung nicht bilden. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. v. Mitschke-Collande: Meine Hoffnung auf eine Beseitigung des Conflictes ist in den letzten Tagen stark geschwunden. Davon sind wir wohl überzeugt, daß die Reorganisation vorläufig bestehen bleiben wird. Wenn der Abg. Virchow mit mir z. B. 1850 das Landrathsamt eines armen polnischen Kreises verwaltet und der Mobilmachung beigewohnt hätte, er würde mir in vieler Hinsicht beistimmen. Ich erinnere mich noch lebhaft, welche Mühe es mir gemacht hat, Pferde und Menschen zusammenzuschaffen. (Heiterkeit.) Wenn ich nun auch zugebe, daß es wünschenswerth wäre, wenn die Kosten für die Armee verringert würden, so muß ich doch fragen, ob der Zeitpunkt dazu geeignet ist, wo wir möglicherweise, um die Erfolge des Krieges nicht zu verlieren, noch größere Opfer bringen müssen. Eine Anerkennung der Reorganisation liegt auch darin, daß man den Vater der Reorganisation, den Kriegsminister v. Roon, in meinem Wahlkreise zum Abgeordneten gewählt hat. Redner erinnert daran, daß jetzt bei den Eisenbahnen die Armee schnell gesammelt werden müßte und daß dies mit der alten Landwehr nicht möglich sei. Ferner theilt er mit, daß ihm von einem alten beliebten Militär gesagt sei, auch in der Schlacht von Jena hätten die Soldaten und Unteroffiziere gestanden wie eine Mauer. Es ist ferner als wünschenswerth hingestellt worden, daß unser Offizier-Corps anders zusammengesetzt würde, daß namentlich die Unteroffiziere berechtigt wären, zu avanciren. Wahr ist es, daß unser Militär und die Unteroffiziere nicht hoch besoldet sind, obgleich wir vergessen, daß unser Heer kein Soldheer, sondern ein Heer von Preußens Söhnen ist, welches vielfach Zulage erhält. (Heiterkeit). Ich glaube, daß die Unteroffiziere ein solches Avancement gar nicht wünschen (oh! oh!), denn wenn Jemand schlecht besoldet ist, so sind es gerade die untersten Offizierstellen, und wenn ein Unteroffizier mit 200 Rf. als Offizier leben soll, so würde er es vorziehen, Unteroffizier zu bleiben. Ich glaube daher, wir sollten Alles dazu thun, um den Conflict zu beseitigen. Ich erinnere an ein Programm, welches aufgestellt worden ist. Ich gebe zu, daß der Grundbesitz wohl noch manches Opfer wird bringen müssen, aber wir werden es gern bringen, wenn es zum Besten des Landes nöthig ist. So wahr es ist, daß die Reorganisation ein bestehendes Institut bleiben wird, so wahr und gewiß wird auch das gehalten werden, was in jenem Programm versprochen ist und wir sollten die Hand dazu bieten, daß dasselbe recht bald eine Wahrheit werde.

Abg. Dr. Bender (sehr schwer verständlich). Ich bin zum Abgeordneten erwählt, um meine Ueberzeugung gegen die Reorganisation auszusprechen. Wenn wir dies thun, so wird uns entgegengehalten, wir trieben tendenziöse Politik und wollten Agitation hervorrufen. M. H., der Hr. Kriegsminister hat, wie ich anerkennen muß, gestern eine sehr milde Sprache geführt, aber dies allein kann uns nichts helfen; es könnte uns nur helfen, wenn er sich nicht mehr den Anschein gäbe, als hätte er von Ewigkeit an Recht gehabt. Dürfen wir das Land darunter leiden lassen, daß das Ministerium sich einer solchen Auffassung hingiebt? In dem Augenblick, in welchem wir dies thäten, hätten wir uns selbst gerichtet. Man würde sagen, ein Volk, welches solche Vertreter wählt, ist nicht das Volk, mit dem die Mission Preußens erfüllt werden kann. (Sehr richtig.) Die conservative Partei hat einen Antrag eingereicht, den zwei ihrer Mitglieder vertreten haben. Der erste ihrer Erwägungsgründe handelt von der Unumstößlichkeit der Reorganisation. Wir aber glauben nicht daran. Sie thun gerade, als ob die Vorsehung vom Himmel gekommen wäre, um die Reorganisation ins Werk zu setzen. (Heiterkeit.) Aber selbst wenn dies wäre! Wir haben Dämme gebaut gegen die Fluthen des Meeres, wir haben dem Himmel den Blitz genommen und wir sollten uns nicht gegen die Reorganisation wehren dürfen? Es ist ein altes Recht, daß wir mit berathen und mit beschließen in Sachen, wie die Reorganisation. Entweder lassen Sie das Recht unverkümmert, oder Sie vergiften das Vertrauen des Volkes zu der Verfassung, die es für eine Wahrheit hält. Und ich denke mit dem Dichter: „In Fährten und in Nöthen kennt ihr das Volk erst recht. Drum sollt ihr nicht zertreten sein gutes altes Recht." Ich erinnere Sie daran, daß ein Papst einst schwören ließ, die Erde stehe still. Nach dem Eide aber rief man ihm zu: und sie bewegt sich doch! Sie (zur Rechten) sagen, die Reorganisation sei unbeweglich, und wir antworten Ihnen: und sie bewegt sich doch, und sie wird erst feststehen, wenn sie von der Volksvertretung festgestellt worden ist. (Beifall.)

Abg. Duncker. Weß das Herz voll ist, deß geht der Mund über. Ich glaube, dies beweist die gegenwärtige Debatte. Während man denken sollte, die Regierung müßte dem Hause und dem Lande wenigstens in der Weise entgegenkommen, daß sie sagte: wir werden auf dem Boden der Reorganisation stehen bleiben, oder wenigstens innerhalb dieses Bodens die möglichsten Concessionen machen, ist der Minister des Innern sogar soweit gegangen zu sagen: „weder der jetzige Monarch noch irgend ein König Preußens, so lange wir leben,

wird von den Prinzipien der Reorganisation auch nur ein Titelchen aufgeben und die Könige Preußens beständen länger als ein auf 3 Jahr gewähltes Abgeordnetenhaus". In dieser Art der Erklärung liegt allerdings sehr viel von dem vielbesprochenen Hausmeierthum. Warnen möchte ich jedoch die Regierung solche Worte auszusprechen, die in der Geschichte Preußens schon so oft verhängnißvoll gewesen sind. Ich erinnere an die Worte Friedrich Wilhelm IV.: „Nie werde ich dulden, daß ein Blatt Papier zwischen Mich und Mein Volk sich dränge". M. H., ich halte dies Blatt Papier in meinen Händen. Was war die Folge der stolzen Zurückweisung der Volkswünsche und Forderungen? Das Blatt Papier ist mit dem Blute des Volks und mit den Thränen des Königs benetzt. Wir haben ein anderes solches Wort in diesem Saale gehört, als der Minister-Präsident Brandenburg rief: „Niemals, niemals, niemals kann der öffentlichen Stimmung nachgegeben werden." Ich glaube, als das Herz dieses patriotischen Staatsmannes in Warschau gebrochen war und als er krank von dort zurückkam, da wird auch diese Stunde mit dem herben Vorwurf vor seine Seele getreten sein, den besten Bundesgenossen, das deutsche Volk, zurückgetrieben zu haben. Ich habe nicht ohne Absicht diese Beispiele angeführt, weil ich glaubte, daß das gegenwärtige Ministerium sich in einer ähnlichen Lage befindet, als das Ministerium Brandenburg. Auch dieses hatte Erfolge erreicht, und zwar größere, als das jetzige Ministerium sich rühmen kann. Das gegenw. Ministerium hat Erfolge, das gestehe ich gern zu; es hat in der ausw. Politik das Ziel erreicht, welches das Haus ihm gezeigt hat, wenn auch auf einem andern Wege. Es hat einen Frieden für Deutschland, und wichtige Provinzen für immer, so hoffe ich, dem deutschen Vaterlande gewonnen; aber es hat damit auch den Höhepunkt seiner Erfolge erreicht und wird von jetzt ab so ziemlich rückwärts gehen, weil es die glückliche Stunde nicht wahrgenommen hat. Hätte es nach diesem Erfolge den inneren Frieden befestigt und wäre es mit mäßigen Ansprüchen an das Land getreten, so würde eine Verständigung möglich geworden sein. Aber diese günstige Stunde ist für immer dahin und die Regierung spricht von der Niederwerfung des inneren Tüppel. In Schleswig-Holstein ist die Zerklüftung der Parteien stärker denn je; in Deutschland sind Regierungen und Vertretungen bereit, den inneren Hader zu vergessen und sich vereint gegen Preußen zu kehren, und das Ausland wartet nur auf den Moment, ihm die Frucht seines Sieges zu entreißen. Wohin soll das führen? Wir werden die Wahl haben zwischen Unterwerfung unter das Ausland oder Verständigung mit dem eigenen Volk. Wäre der Kriegsminister der wahre große Reorganisator, so müßte er seine Aufgabe darin erkennen, unter den gegebenen Umständen das Größtmögliche zu erreichen, wie es Scharnhorst 1808 gelang. (Redner verliest längere Stellen aus einer Schrift des General Gneisenau.) Gneisenau wollte die Schuljugend im Gebrauch der Waffen üben lassen und die Kadettenhäuser beseitigen. Noch an eine andere Autorität will ich erinnern, an den General v. Bonin, der in diesem Hause als Staatsmann und Krieger gleich hochgeachtet wird und dessen Differenz mit dem Ministerium, dessen Mitglied der Abg. Graf Schwerin war, durch die Eröffnungen des letzteren nicht aufgeklärt worden ist. Warum wollte der Verstorbene die Reorganisation nicht vor diesem Hause und dem Lande verantworten? Der Widerstand gegen die Reorganisation soll die Prärogative der Krone verletzen: aber auf dieser Stelle ziemt sich nicht die Sprache des Hofmannes, sondern die der Wahrheit. Solche Worte, wie „die Könige haben Preußen groß gemacht", sind doch nur Phrasen oder passen auf jeden Staat und seine Dynastie. Allerdings Friedrich der Große marschirte nicht bloß an der Spitze seiner Bataillone, sondern auch der Ideen seines Zeitalters. Aber hat denn das preußische Volk nichts gethan? Sind die Opfer und Entbehrungen der Freiheitskriege nichts? Und hat es nicht beschziden von Jahr zu Jahr vergebens auf den versprochenen Kampfpreis gewartet? Das heißt nicht den Staat lahm legen, ihn seinem Ende entgegenführen, wenn man ein nationales Königsthum, einen Rechtsstaat verlangt. An die Wehrverfassung des Landes hätte eine feudale Regierung nie die Axt zu legen gewagt. (Sehr richtig!) Ein Compromiß soll der Sieg der Bescheidenheit über die Eitelkeit sein. Wir haben Bescheidenheit sei 50 Jahren geübt: was war ihr Lohn? Man fordert Unterwerfung statt des Friedens. Ein fremdes, in harten Kämpfen unterjochtes Volk mag der Sieger durch die Caudinischen Pässe jagen, aber nie wird ein freies, kriegs- und arbeitsfrohes Volk, das mit Recht empfindet, diesen Staat mit seinem Fleiß und Blut aufgebaut zu haben, freiwillig den Nacken unter ein solches Joch beugen. (Beifall.)

Abg. Gr. Wartensleben: Der Vorredner hat uns ein bewegtes Bild unserer politischen Vergangenheit aufgerollt, von der Sache aber, die uns beschäftigt, wenig oder gar nichts gesagt. Die Anziehung der Schrift des General v. Gneisenau ist ganz unzutreffend, da dieselbe für ihre, nicht für unsere Zeit bestimmt ist. Was Sie immer über den Verfassungsconflict vorbringen, ist eine alte abgethane Sache, nur ein Feind der Reorganisation hat mir imponirt: das ist die Schaar der Herren Volkswirthe. Ich kann aber die Ansicht des Abg. Michaelis nicht theilen, daß durch die Armee-Reorganisation die productiven Kräfte consumirt werden, nicht auf die Masse der Menschen, auf die Leistungsfähigkeit kommt es an, und in dieser Beziehung ist das Heer eine treffliche Schule für den Mann, es multiplicirt die Leistungsfähigkeit. (Heiterkeit.) Geben Sie mir einen Soldaten, ich nehme ihn in Dienst und kann mich auf ihn verlassen; einen andern Menschen muß ich mir erst heranziehen. (Heiterkeit.) Das Militär erzieht den Mann zur Ordnung, zum Gehorsam, zur Selbstständigkeit, er kehrt brauchbarer aus dem Regiment zurück, als er eingetreten. Ich meine, die Anforderungen der Regierung seien noch sehr mäßig. Die Verfassungsfrage, von der Sie hier so viel sprechen, hat zwei Seiten, eine wie die andere hat ihr Recht, die Regierung hat ihr Recht, Sie haben das Ihrige. (Heiterkeit.) Nach der Verfassung hat der König die Bestimmung über das Heer, und das Gesetz von 1814 räumte ihm damals das Recht ein, nach seinem Belieben damit zu verfahren. (Links: damals!) Nun haben Sie freilich das Geldbewilligungsrecht, diesem steht aber das Recht des Königs gegenüber, und ich lege ein größeres Gewicht auf das letztere. So lange der Kaiser Napoleon auf dem Throne sitzt, muß Preußen ein wohlgerüstetes Heer haben. Ich glaube auch an die Nothwendigkeit des Compromisses und weiß, daß man damit etwas erreichen kann, ich denke dabei an einen benachbarten Verfassungsstaat, an das Freundesland Mecklenburg. (Anhaltende Heiterkeit.) Da haben sich der Adel und die Städte Rechte aufgebaut, auf denen sie feststehen. Mögen Sie sagen, was Sie wollen, wenn Sie Ihr Recht durchsetzen, dann behält der Kriegsminister Recht, dann kommen wir zum Ende Preußens. (Heiterkeit.) Ja, dann ist Preußen ein Land ohne König, ein Staat mit einem erblichen Präsidenten an der Spitze, den Sie zufällig König nennen. (Heiterkeit.) Ihr Recht ist ja doch auch illusorisch, bedenken Sie doch, daß wir auch ohne Ihre Bewilligung seit drei Jahren ganz vortrefflich regiert werden, der ganze Conflict ist illusorisch, darum sollten Sie nicht anstehen, ihn mit Liebe und mit Geldmitteln zuzudecken.

Abg. Dr. Gneist: Ich will gern den objectiven Erwägungen folgen, wie wir sie gestern vom Kriegsminister gehört haben, und zwar will ich darauf eingehen — ich sage das zur Beruhigung des Hrn. Abg. v. Gottberg, nicht als Jurist, sondern als Statistiker. Ich will zwei Gesichtspunkte hervorheben, die der Kriegsminister nicht gewürdigt hat. 1) Man kann die bestehenden Armeen nicht nach Kopfstärke und Procenten neben einander vergleichen, wenn das Material einen völlig ungleichen Werth hat. Das theuerste Material unter allen Armeen Europas hat die preußische Armee, weil sie die höheren und Mittelstände ohne Ausnahme zum persönlichen Dienst nöthigt. Dadurch erhält sie eben den specifischen Charakter, der ihr eine intensive Stärke vor jeder anderen Armee giebt. Wir kommen unseren Verhältnissen nahe, wenn wir annehmen, daß thatsächlich die Hälfte der eingestellten Mannschaft qualificirte Arbeit darstellt, bei deren Schätzung man mit Tagelohn nicht mehr ausreicht. (Sehr richtig.) Das wohlfeilste Material in der Armee hat Rußland. Hier ist es keine Lebensfrage, ob auf dem Papier 13 pro Mille der Bevölkerung als Kriegsarmee stehen oder ob in der That 8 oder 9 pro Mille auf den Beinen sind. (Sehr richtig, Heiterkeit.) Der Kriegsminister weiß noch besser, als ich, daß die russische Armee noch manche von den Maximen der altpreußischen Armee hat, nämlich, daß ein Theil der Mannschaften in dem allerkleinsten Raume sich beisammen findet, d. h. in der Tasche des Compagnie-Chefs. (Heiterkeit.) Das nächst wohlfeile Material hat Oesterreich. Ich erinnere nur an den Complex seiner in der Agricultur auf niedriger Stufe stehenden Provinzen. Der französische Staat verwendet nur das allerwohlfeilste Arbeitsmaterial, was in Frankreich zu haben ist, ja, das napoleonische Regime verschmäht es nicht einmal, für die Armee sogar die classes dangereuses nutzbar zu machen in allerlei phantastischen Uniformen. Schon aus diesem einfachen Grunde muß unsere Armee außer jeder Vergleichungslinie bleiben mit den Procenten und der Kopfzahl aller andern Armeen. Der 2. Gesichtspunkt, den der Hr. Kriegsminister nicht erwähnte, ist der, daß man die Vergleichung von stehenden Armeen nicht nach der Zahl der Köpfe machen kann, die unter den Waffen stehen, sondern daß man hierbei die actuelle Dienstzeit hineinziehen muß, soweit sie den Mann wirklich und unwiderruflich festhält, Leben und Gesundheit jederzeit auf den Ruf des Vaterlandes zu opfern; daß also für solche Armeen auch die Reservezeit, die Landwehr, das zweite Aufgebot mit in Betracht kommt. Freilich hat die französische Armee eine siebenjährige Dienstzeit und die Präsenszeit bei den Fahnen beträgt etwas über die Hälfte dieser Zeit, allein mit dieser 7jährigen Dienstzeit ist jede Wehrpflicht abgemacht und der Mann militairfrei, während wir nicht nur 5 Jahre für das stehende Heer, sondern auch noch 7 Jahre für die Landwehr zu einer Pflicht erheben, die auf das rechtliche und wirthschaftliche Dasein des Mannes einen unwiderruflich bindenden Einfluß übt, der für die Zeiten des Ernstes die volle Kraft des Mannes beansprucht. — Ebenso unstatthaft ist die Vergleichung der nackten Zahlen ohne Rücksicht auf den entsprechenden Cultur- und Agriculturzustand der Länder. Damit hängt innig eine andere Frage zusammen. Haben denn nicht die Staaten, die ohne Weiteres eine doppelt so starke Armee wie wir besitzen können, haben denn nicht Oesterreich, Rußland und Frankreich in Wirklichkeit auch häufigere Kriege zu führen, haben sie denn nicht noch schwerer zr vertheidigende Besitzungen und vor allen Dingen, sind sie denn nicht durch ihr Militair-System in ihr heutiges Finanz-System hineingerathen? (Sehr richtig.) Sind wir denn nicht gerade im Begriff, die Regierung zu warnen, ihnen auf diesem Wege zu folgen? Ich kann daher das ganze statistische Material des Kriegsministers nicht als zutreffend erachten. Wohin sollte denn Europa kommen, wenn alle seine Staaten ihre stehenden Armeen mit der Bevölkerung wollten wachsen lassen? Weil Preußens Bevölkerung sich um $^2/_5$ erhöht hat, meint der Kriegsminister, müßte man auch die stehende Armee um $^2/_5$ erhöhen; daraus folgt aber doch nimmermehr, daß es auch ein unzweifelhaftes Bedürfniß sei. (Sehr wahr.) — Daß der Kriegsminister in allen diesen Punkten die Ansichten des Gesammt-Ministeriums wirklich vertrete, fällt mir sehr schwer zu glauben. Wir sehen ihn in allen darauf bezüglichen finanziellen, wirthschaftlichen und allgemein politischen Fragen immer nur allein sprechen, allerdings mit einer Dialektik, die mich zwingt, anzuerkennen, daß wir hierin große Fortschritte des Parlamentarismus an den Ministerbänken gemacht haben. (Heiterkeit.) Ja, bei allen Detail-Berathungen sind die Civil-Minister für die große Militairfrage schon seit geraumer Zeit Minister in partibus geworden. (Heiterkeit, Sehr gut!) In der gegenwärtigen Zeit, wo man es offen von Seiten der Regierung ausspricht, daß die Richter, die Civil- und Militairbeamten des Landes, nicht Diener der Gesetze, sondern vielmehr der zeitigen Verwaltung, des zeitigen Regierungssystems sind, kann man keine Geltendmachung irgend einer selbstständigen Ueberzeugung der Civil-Verwaltung glauben. (Sehr wahr.) Dem ganzen Lande muß sich mit Nothwendigkeit die Frage aufdrängen: haben S. M. Minister eine rechtliche und politische Ueberzeugung, weil sie Minister sind, oder sind sie nicht vielmehr Minister, weil sie und nur so lange sie eine bestimmte Meinung über die Reorganisation und ihr Verhältniß zu der Verfassung und den Gesetzen dieses Landes haben? (Sehr wahr! Bravo!) Dieser Frage gegenüber erscheint die militärische Technik als vollständig souverain. Und sollte wirklich einer der Civiladjuncten des Herrn Kriegsministers eine ernste Ueberzeugung von der Unmöglichkeit auf diesem Wege weiter zu gehen haben, so scheint es, daß nach dem System von 1862 eine zweite und dritte Serie von Männern jederzeit bereit ist, in die Vacanz einzutreten, Männern, bei denen Verfassung und Gesetz wohl die Auslegung finden würde, die mit der Reorganisation verträglich ist, Männern, deren Mangel an Politik jedenfalls nicht in der Blödigkeit bestehen wird. (Sehr gut!) Der Kriegsminister hat unsere bisherigen Militär-Zustände illusorisch genannt. Wäre dem auch wirklich so; nun dann frage ich: wenn die Erfolge, die langen Erfahrungen in großen Kriegen, die Erfahrungen der Männer von 1815 nicht genügt haben, zu verhüten, daß unsere vielgerühmte Organisation eine illusorische gewesen ist, welche Garantien kann uns der Kriegs-Minister bieten, daß die Männer und die Erfolge von 1864 nicht die Reorganisation zu einer ebensolchen Reorganisation machen werden? (Sehr wahr!) Das Haus giebt gern der objectiven und scharfsinnigen Weise des Herrn Kriegs-Ministers Gehör, aber die Ueberzeugung der Hunderte, die hier sitzen, die Ueberzeugung der Tausende von intelligenten Wählern kann er durch die Beweisgründe von seiner Seite nicht erschüttern und die statistischen Anführungen für die Reorganisation werden weder das Haus noch das Land überzeugen und wenn der Herr Kriegs-Minister mit Engelszungen diese Statistik zu verkünden hätte. (Lebh. Bravo.)

Kriegsminister v. Roon. Ich könnte mich wohl dispensiren von einer weiteren Besprechung dieses Zwischengerichts, das uns mit dem Vorbericht aufgetischt worden ist, wenn ich nicht dazu veranlaßt wäre, zum Theil die Urtheile in Lob, wie in Tadel zurückzuweisen, die hier ausgesprochen worden sind. Was das Erstere anbetrifft, so bin ich allerdings nicht unempfindlich dafür, daß man mein Bestreben anerkennt, doch ist hierin der Herr Vorredner, meine ich, ebensosehr zu weit gegangen, wie in seinem Tadel. Ebensowenig können mich die Scherze beunruhigen, die der Herr Vorredner über die Minister in partibus gemacht hat. Ich glaube nicht, daß dadurch irgend eine Eifersucht unter meinen Collegen erregt wird. Es ist das eine ebenso verfehlte Spekulation, als diejenige, die wir kürzlich von der Merovingischen Wirthschaft gehört haben; beide sind gleich wirkungslos, denn wo sie wirken sollen, versteht man die Absicht sehr wohl. Ich habe die Momente, die der Herr Vorredner erwähnt hat, von dem größeren Werthe unserer Kriegsbestandtheile durchaus nicht außer Acht gelassen, aber sie können doch nur bis zu einem gewissen Grade in Betracht kommen. Ich weiß sehr wohl, das unser Material das kostbarste ist, und ich erkenne es mit Dank an, daß unsere Kriegsverfassung uns die Macht giebt, die wirkliche Blüthe der Nation zu verwerthen. Die Zahl bleibt nichts desto weniger ein höchst wichtiges Moment und oft schießt ein Mann im fabelhaften Anzuge aus der classe dangereuse viel besser, als ein Mann aus der haute volée oder haute finançe (Heiterkeit) und schießen thun sie alle, so viel ihrer sind. Wohl liegen die Verhältnisse in unserm Nachbarlande anders, wie bei uns, aber die nackte Thatsache ist nicht zu bestreiten: jeden Augenblick gebietet Rußland, Frankreich, Oesterreich über ein Heer, das dem unseren numerisch überlegen ist. Deshalb kann die preuß. Kriegsverwaltung nicht anders, als diejenigen Maßregeln treffen, die ihr die Möglichkeit gewähren, in entscheidenden Augenblicken den feindlichen Angriffen gewachsen zu sein. Auch ich glaube, daß der jetzige weise Herrscher von Frankreich sehr weit davon entfernt ist, uns vielleicht morgen oder übermorgen mit Krieg zu überziehen; aber thun wird er es ohne Zweifel, sobald es sein Interesse verlangt und wann dieses eintritt, wer kann das wissen? (Bewegung.) Die Nothwendigkeit ist es also, welche uns zwingt, mehr zu leisten. Den Ausdruck „Illusion", den ich gestern gebrauchte, hat der Herr Vorredner mißverstanden. Ich habe damit in keiner Weise unser Wehrsystem angreifen wollen, denn sein Grundgedanke ist ja gerade auch der Grundgedanke derjenigen Armee-Einrichtungen, um die es sich heute handelt. (Verwunderung) Gewiß, es war ein großer und glücklicher Gedanke, der 1814 eine große Kriegsverfassung erdachte. Nur bin ich der Meinung, daß jedes Ding, jede Einrichtung, mag sie noch so vortrefflich sein, ihre Zeit hat, nach welcher sie verbessert werden muß. Die Regierung will den Fortschritt in dieser Sache und die Herren sind wunderbar conservativ. (Große Heiterkeit.) Ein jedes System überlebt sich. Ich selbst bin bereits als Divisions-Commanreur zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Reorganisation eine dringende nothwendige Pflicht der Regierung war. Einer der Herren Vorredner hat meines Amtsvorgängers erwähnt, den Gott vor wenigen Tagen hinweggerufen. Dieser hochgestellte und von mir herzlich hochgeachtete Mann steht doch anders zu der Frage, als Hr. Duncker meint. Er steht und stand anders! Aber Hr. Duncker wird nicht von mir verlangen, daß ich hier von dieser Stelle aus Eröffnungen machen soll über die Geheimnisse des Cabinets und über die Ursachen, die seinen Austritt vermittelten. Aber ich habe die schriftlichen Beweise in der Hand, wodurch ich allerdings darthun kann, daß ich der Erbe des Hrn. v. Bonin war auch in dieser Frage. (Große Bewegung.) (Der Redner wendet sich gegen die verlesenen Stellen aus Gneisenau's Werken.) Zum Schluß muß ich, so ungern ich es thue, noch in die politische Seite dieser Frage hineingreifen. Man sagt, die Regierung müsse die Verständigung herbeiführen Ja, m. H., mit Ihnen doch, mit den Abgeordn. (Ruf: „mit dem Lande!"), nun, ich frage Sie ob Jemand zu einem Unternehmen sich versteht, wenn ihm von Hause aus die Wirkungslosigkeit, die Unausführbarkeit entgegengehalten wird. (Unruhe.) Ich glaube sehr gern, daß die Zahl der Personen in diesem Hause, welche eine Verständigung wünschen, nicht gering ist. Wenn aber der Regierung immer wieder gesagt wird: „Nein, wir wollen keine Verständigung mit diesem Ministerium", wenn gesagt worden ist: „Der Conflict ist gar kein Unglück, er kann fortdauern, das Land wird das aushalten und späterhin seine Rechnung um so höher stellen", — wer nicht taub ist, der behält dergleichen (Unruhe) und findet sich nicht encouragirt, noch den Herren, die so entschieden den Rücken drehen, nach zu gehen, sie an dem Rock zu zupfen und zu sagen: „Hier ist die Hand, nimm sie". (Widerspruch.) Außerdem sind die Bedingungen einer jeden Verständigung mit der Zeit, je länger, je strenger geworden. Als diese Frage zuerst vor das Land kam, waren die Differenzen gering. Man erkannte die richtigen Grundgedanken der Reorganisation an, man meinte aber, es sei zu viel und schlug eine geringere Dienstzeit vor. Später wuchsen die Ansprüche und heute ist man dahin gelangt, ein weiteres Aufgeben ihres bisherigen verfassungsmäßigen Rechtes von der Regierung zu verlangen, indem Sie in Aussicht nehmen, eine jährliche Steuerbewilligung. Das ist gegen die Verfassung, und weil es gegen die Verfassung ist und weil die Regierung ein solches Recht Ihnen niemals vindiziren kann, darum eben constatirt die Regierung, daß Sie mit wachsenden Forderungen weiter und weiter gehen und die Kluft vertiefen. Man kann das beklagen, aber die Regierung ist zu schwach, diese Thatsache zu verhindern. (Beifall und Widerspruch.)

Abg. Virchow erinnert Hrn. v. Gottberg daran, daß sich im Hause nur Abgeordnete in dieser ihrer Eigenschaft gegenüberständen, daß es daher nicht angemessen sei auf persönliche Beziehungen, die außerhalb des Hauses lägen, wiederholt anzuspielen. Was die Ausbildung der Offiziere betreffe, so hab-

er nicht den Bildungsgrad des jetzigen Offizier-Corps herabsetzen wollen, sondern von ihrer exclusiven, dem Wesen eines volksthümlichen Heeres widersprechenden Erziehung gesprochen. Mit dem Hinweis auf die merowingischen Könige habe er nur auf die Stelle, wo die Minister sitzen, wirken wollen und auf das Haus, in dem er spreche. Dieser Zweck sei erreicht. Abg. Duncker versichert, daß er selbstverständlich nicht nach Kabinets-Geheimnissen habe fragen wollen; aber das Land habe ein Interesse und Recht zu fragen, mit welchem Grunde der Hr. Kriegsminister sich als den Erben Bonin's betrachten könne, dessen Andenken durch diese Behauptung Schaden nehme. Kriegsminister v. Roon. Ich habe es vorausgesehen, daß meine Aeußerung, die nur der Wahrheit gemäß ist, in dem Sinne, wie ich sie gemacht habe, so angesehen werden würde, als wenn sie eine Beeinträchtigung des guten Rufes des seligen Generals wäre. Ich kann mir denken, daß bei der Hitze des Parteikampfes in gewissen Köpfen solche Vorstellungen entstehen können. Darum will ich mich einfach darauf beschränken, Thatsachen anzuführen, die aus der Gesetzsammlung Jedermann zugänglich sind. Ich bin ernannt worden am 5. December 1859, das Abgeordnetenhaus trat zusammen am 14. Januar 1860, und es war einer der ersten Schritte dem Hause den sogenannten Reorganisations-Plan vorzulegen. Glauben die Herren, daß man in ein so ausgedehntes, weitschichtiges Ressort hineinsteigt, um sich eine Reorganisation aus dem Aermel zu schütteln? Wenn ich nicht den ganzen Gesetzentwurf vorgefunden hätte, ich würde ihn wahrscheinlich nicht so vorgelegt haben. General v. Bonin hatte in manchen Beziehungen ganz gewiß abweichende Ansichten von den meinigen. Dahin aber, wohin der Herr Abgeordnete deutet, dahin gehen sie ganz gewiß nicht. Wenn Herr General v. Bonin über die Leistungsfähigkeit des Landes vielleicht andere Ansichten haben mochte, als ich, so war die Differenz doch in der That außerordentlich klein. Es kommt aber in den Verhältnissen des menschlichen Lebens zuweilen vor, daß kleine Ursachen große Wirkungen haben. Das hat der Herr Abgeordnete übersehen.

Abg. v. Forckenbeck: Wenn der Herr Kriegsminister einzelne Aeußerungen aus der Debatte herausholt und daraus Schlüsse auf die Haltung des Hauses zieht; wenn man diese Aeußerungen immer von neuem wiederholen hört, so heißt das nichts Anderes, als es vor dem Lande zu verhüllen, daß man nicht nachgeben will und kann. (Sehr wahr.) Unser Verlangen ist kein verfassungswidriges, wir wollen nichts als eine Abänderung der Steuergesetzgebung. Die Regierung hat 2, 3 Mal eine Erhöhung des Militair-Etats gefordert, wir haben sie ebenso oft abgewiesen vermöge unseres Budgetrechts. Daraus müßte folgen, daß die Regierung eine Minderforderung stellte; da sie dies nicht thut, so zeigt sie, daß sie auf ihrer Forderung beharren will. Es ist nicht richtig, daß irgend eine Kammer die Reorganisation bewilligt hat; der Kammer von 1862 und allen ihren Nachfolgern ist die Angelegenheit überlassen, um sie auf gesetzlichem Wege zum Austrag zu bringen. Der Weg, den wir bisher verfolgten, war kein guter; jetzt müssen wir alle Mittel zusammenfassen, um möglicherweise mit der Regierung zu einer Ausgleichung zu gelangen. Man hat gesagt, der Bericht sei agitatorisch; er ist eine einfache Beleuchtung der Sachlage; er giebt Licht, wo Licht, Schatten, wo Schatten ist. Wir kämpfen gegen die dreijährige Dienstzeit, die Regierung hält daran fest; selbst bei denjenigen Regimentern, die in Schleswig-Holstein waren. Heißt das agitiren, so agitiren die Thatsachen, nicht wir. (Sehr wahr.) Die Zahlen des Berichts sind nirgends angegriffen worden. (Redner recapitulirt die Hauptposten.) Die Solderhöhung, die wir verlangen, beseitigt sicher einen harten Druck; hat es sich doch herausgestellt, daß die große Zahl von Post-Sendungen an die Truppen im Felde nur auf die Zuwendungen der Angehörigen der Soldaten zurückzuführen war. (Hört, hört!) Die alte Armee hatte die zweijährige Dienstzeit, die neue Organisation hält an der dreijährigen fest, weil durch die zweijährige allmälig eine Verminderung der Cadres entstehen würde. Der Kern des Reorganisationsplanes ist nicht geschwächt, sondern verstärkt worden. Die Forderungen der Regierung treten jetzt viel deutlicher und gefährlicher hervor. In der Frage, wie viel können wir für die Wehrkraft des Landes bewilligen, ist ja jetzt auch die Forderung für die Marine hineinzuziehen, die als eine dringende erscheint und die Gesammtlast des Landes erheblich vermehrt. Hiernach constatire ich, daß, so lange die Verfassung besteht, eine solche Mehrbelastung noch keiner Volksvertretung zugemuthet worden, ja, daß in der Geschichte der constitutionellen Staaten sehr selten ein Ministerium mit solchen Forderungen aufgetreten ist. Ich constatire, daß ein Vertrauen im Hause zu den Personen der Minister nicht da sein kann und darf und daß wir daher solche Forderungen auch nicht bewilligen können. Aber ich constatire ferner, daß die Minister auch nicht glauben Vertrauen im Lande zu besitzen. Denn hätten sie diesen Glauben, so müßten sie zur Auflösung des Hauses schreiten. Dadurch, daß sie das nicht thun, constatiren sie, daß sie das Vertrauen nicht besitzen. (Sehr wahr.) Hat man aber kein Vertrauen zu den Personen, so könnte man es doch zu der Maßregel haben, aber auch damit sieht es schlimm aus. Was hilft uns ein liberales Ministerium! Es existirt das Herrenhaus. Wie können wir da eine solche Mehrbelastung bewilligen; wie könnten wir es verantworten vor denen, die uns hergeschickt haben und denen wir eine Verantwortung für das, was wir hier thun, schuldig sind. Zwingende Gründe, die aus der Situation herzuleiten wären, vermag ich auch nicht anzuerkennen und halte die Vergleiche mit früheren Zuständen und andern Staaten nicht für zutreffend. Die Schwierigkeiten bei der Mobilmachung im J. 1859 sprechen für eine Reorganisation, nicht für die Reorganisation. (Sehr wahr!) Mit Aenderungen unseres Wehrsystems müssen wir sehr vorsichtig zu Werke gehen. Ich war bei den früher von mir gestellten Amendements für eine vermehrte Rekrutirung, aber für 2jährige Dienstzeit. Aber die in jenen Amendements ausgesprochenen Wünsche möchte ich nicht aussprechen, so lange das Budgetrecht des Hauses in Frage gestellt, so lange uns die Controle über die Bewilligungen aus der Hand genommen ist. — Der Finanzminister verwechselt das Budgetgesetz mit jedem andern Gesetz, jenes muß er nach Art. 99 der Verfassung in jedem Jahre haben. Die Krone kann das Haus schließen und auflösen, doch muß sie zuvor das Etatsgesetz haben. Geht es ohne ein solches, so ist eben die Verfassung nichts werth. (Sehr wahr!) Auf Grund unseres Budgetrechts sind dem Finanzminister seit 1850 Millionen und Millionen bewilligt worden; ich frage ihn, ob er glaubt, daß bei budgetlosem Zustande irgend eine Kammer einen Thaler bewilligt hätte? Die conservative Kammer hätte es so wenig gethan, als es eine andere hätte thun können. Die Voraussetzung des anerkannten Budgetrechtes allein wird auch die Bewilligung neuer Steuern ermöglichen. Wenn nun das jetzige System kommt und sagt: wir erkennen euer Budgetrecht an, um zur Bewilligung von Steuern zu gelangen, so heißt das: „Mohr, du hast deine Schuldigkeit gethan, Mohr, du kannst gehn!" (Sehr wahr!) Ein solcher Mißbrauch des Vertrauens schädigt die Monarchie in Preußen mehr, als vielleicht der Verlust von so und so viel Bataillonen. (Sehr wahr!) Es ist für die Monarchie nothwendig, daß dieser Mißbrauch des Vertrauens aufhöre. (Lebh. Beifall.)

Das Haus geht zum letzten Abschnitt des Berichts (Marine) über. Abg. Schmidt (Randow) erörtert die Pflicht des Hauses, die Aufgabe der Marine zu fördern. Der Finanzminister zeigt an, daß ein Marine-Gründungsplan und ein dazu gehöriges Gesetz dem Hause baldigst vorgelegt werden soll.

Damit ist die Discussion über alle Abschnitte des Berichts geschlossen und folgt die über die sechs Anträge. Nächste Sitzung Donnerstag. (Prüfung der Wahl des Herrn v. Tettau.)

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 4 Uhr Nachmittags.

Wien, 22. März. (Abgeordnetenhaus.) Der Finanzausschuß beantragte, über den Brints'schen Antrag, betreffend die Behandlung des Budgets, zur Tagesordnung überzugehen. Wird ohne Debatte angenommen. Ebenso ein weiterer Antrag des Finanzausschusses, das Budget pro 1866 einem besondern Ausschusse zu überweisen, welcher nach beendigter Berathung des Budgets pro 1865 Bericht vorzulegen habe. Minister v. Schmerling erklärte, die Regierung wünsche möglichst thunliche Abkürzung der Budgetberathungen.

Berlin. Der Rechtsanwalt Naudé in Potsdam hat der dortigen Stadtv.-Verf. angezeigt, daß gegen ihn und den Justizrath Stöpel, weil sie ohne Genehmigung des Präsidiums des K. Kammergerichts in die Stadtv.-Vers. getreten, die Disciplinar-Untersuchung eröffnet worden sei, in welcher der Ehrenrath der Rechtsanwaltschaft sie freigesprochen, das K. Obertribunal aber auf den Seitens des Staatsanwalts eingelegten Recurs sie mit einer Rüge belegt habe. Die Entscheidung des Gerichtshofs basire auf einer nach seiner persönlichen Ansicht antiquirten Vorschrift, ähnlich der, welche Richtern und Advocaten untersage, außer dem amtlichen Verhältnisse in irgend einer Beziehung zu einander zu stehen. Durch jene Entscheidung sei er in die Alternative gesetzt, entweder die Genehmigung zu seinem Verbleiben in der Stadtv.-Vers. nachzusuchen oder aus derselben zu treten. Das erstere widerspreche eines Theils seiner Ueberzeugung, andern Theiles aber sei keine Aussicht für ihn, die Genehmigung zu erlangen. Er sei daher genöthigt, sein Mandat als Stadtverordneter niederzulegen und aus der Versammlung zu scheiden.

— Als künftiger Erzbischof von Posen wird der bisherige Bischof von Culm, Dr. v. d. Marwitz, bezeichnet.

— Das Füsilier-Bataillon 4. ostpreuß. Grenadierregiments Nr. 5 wird von Danzig nach Bartenstein in Garnison verlegt.

— Die „Elberf. Ztg." erzählt, Graf Krassow, das Herrenhaus-Mitglied, habe neulich dem Kronprinzen gegenüber die Bemerkung gemacht, jeder echte Preuße sei für die Annexion Schleswig-Holsteins. Der Kronprinz erwiderte, sein Wahlspruch sei Suum cuique und damit vertrage sich keine Annexion.

Stettin, 20. März. (Ostſ.-Z.) Es hat einiges Aufsehen erregt, daß S. K. H. der Kronprinz, welcher allen hiesigen militärischen Festlichkeiten seine Anwesenheit geschenkt hatte, nicht zu dem am 16. d. M. gefeierten Landwehroffizierfeste gekommen war, ungeachtet man die Feier seinetwegen einen Tag früher abhielt. Die „Oderzeitung" berichtet darüber: „Wie man sich in der Stadt vielfach erzählt, erklärte der persönliche Adjutant des Kronprinzen, Chef des Generalstabes Oberst Petersen, dem mit der persönlichen Einladung beauftragten Offizier, er werde ihn nicht beim Kronprinzen melden und die Verantwortung dafür auf sich nehmen. Seiner Zeit werde er dem Kronprinzen schon Mittheilung machen, daß S. K. H. zu dieser Festlichkeit eingeladen gewesen." — Dieses Gerücht klingt sehr unwahrscheinlich, um so wünschenswerther wäre eine authentische Erklärung.

Frankreich. Paris, 19. März. Eine zahllose Menschenmenge war heute nach dem Tuileriengarten geströmt, um zu sehen, ob der „Marronnier du 20. Mars" schon Blätter habe. Bekanntlich herrscht unter dem Volke — und hoch- und höchstgestellte Persönlichkeiten sind hierin, wie das Volk — der Glaube, daß, wenn der Kastanienbaum am 20. März Blätter hat, und wenn auch nur ein einziges, dieses ein gutes Anzeichen für die Familie Bonaparte ist. Seit 1849 war der Baum am 20. März nie ohne Blätter. Heute zeigt er Knospen, und bei dem rauhen Nordwinde, den wir seit gestern haben, ist keine Hoffnung vorhanden, daß er über Nacht Blätter bekommen werde. In gewissen Kreisen herrscht dieserhalb eine Art von Bestürzung, und Mancher, der heute vor dem Kastanienbaume stand, schüttelte bedenklich das Haupt. — Das „Pays," spricht heute von der großen Aufregung, welche in Venetien herrscht. Es befürchtet, daß dort bald schon ein gewaltsamer und allgemeiner Ausbruch der Erbitterung gegen Oesterreich Statt finden werde.

Danzig, den 22. März.

‡‡ Heute Vormittags 10 Uhr fand in der S. Marien-Kirche ein Festgottesdienst zur Feier des Geburtstages Sr. M. des Königs statt, an welchem die Spitzen der Civil- und Militär-Behörden, das Offiziercorps und Deputationen der verschiedenen Truppentheile Theil nahmen. Die Predigt hielt Herr Consist.-Rath Reinicke, die Liturgie der Divisionsprediger Dr. Krieger. Auch in den übrigen Kirchen der Stadt wurde Gottesdienst abgehalten. In mehreren Hotels und Restaurationen sind Festdiners veranstaltet und für die Bewirthung der Garnison in ihren Quartieren ist Sorge getragen.

— [Schenkel.] (K. H. Z.) Die Adresse-Angelegenheit scheint nun wirklich ihr Ende erreicht zu haben. Die Adresse ist am 28. Febr. nach Karlsruhe abgegangen. Im Ganzen sind 529 Unterschriften, darunter 19 von Nichtgeistlichen. Nicht unterschrieben haben in der Diöcese Angerburg 7, in Osterode 12 Geistliche, in Pillkallen hat Niemand unterschrieben, so daß die Adresse von 143 Geistlichen unserer Provinz nicht unterzeichnet ist.

*[Traject über die Weichsel.] Terespol und Culm zu Fuß über die Eisdecke bei Tag und Nacht; Warlubien und Graudenz ebenso; Czerwinsk und Marienwerder desgl.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 22. März 1865. Aufgegeben 2 Uhr 20 Min.
Angekommen in Danzig 3 Uhr 15 Min.

Roggen flau,			Ostpr. 3½% Pfandbr.	86	86
loco	36	36¼	Westpr. 3½% do. .	85	85
März	35½	36	do. 4 % do. .	—	94½
April-Mai . . .	35⅝	35⅝	Preuß. Rentenbriefe	99	99
Rüböl März . . .	$12\frac{5}{24}$	12¼	Oestr. National-Anl.	70⅝	70⅝
Spiritus do. . .	13½	13½	Ruff. Banknoten . .	81¼	81⅝
5% Pr. Anleihe .	106¼	106¼	Danzig. Pr.-B.-Act.	111	—
4½% do. .	102½	102¼	Oestr. Credit-Actien .	83¼	83½
Staatsschuldsch. .	91¾	91⅞	Wechselc. London .	—	6. 23⅛

Fondsbörse fest.

Hamburg, 21. März. Getreidemarkt. Weizen loco fest bei kleinem Geschäft. April-Mai 5400 Pfund netto 94½ Bancothaler Br., 93½ Gd., matter. Roggen loco fest, stille. April-Mai 5100 Pfund Brutto 80—79½ bez. u. Br., einzeln Geld bei geringer Kauflust. Ab Auswärts zu gestrigen Preisen verkäuflich. Oel ruhiger, Mai 26¾, Oct. 26. Kaffee in Erwartung der Rio-Depesche ruhig.

London, 21. März. Consols 89¼. 1% Spanier 40¾. Sardinier 77. Mexikaner 26⅜. 5% Russen 88½. Neue Russen 88½. Silber 61. Türkische Consols 52⅞. 6% Ver.-St. pr. 1882 52⅞. — Hamburg 3 Monat 13 Mk. 8¾ ß. Wien 11 Fl. 47½ Xr. Schönes Wetter.

Liverpool, 21. März. Gestern betrug der Umsatz nur 3000 Ballen, heute 2000—3000. Preisbestimmung schwierig. Preise gegen vergangenen Freitag ungefähr ⅛d niedriger.

Paris, 21. März. 3% Rente 67, 20. Italienische 5% Rente 64, 60. 3% Spanier 44. 1% Spanier 41. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 437, 50. Credit-mob.-Actien 867, 50. Lomb. Eisenbahn-Actien 550, 00. — Die Haltung der Börse war beim Schluß eine bessere, jedoch blieb das Geschäft unbelebt.

Petersburg, 21. März. Wechselcours auf London 3 Monat 32⅛ d, auf Hamburg 3 Monat 28⅝ Sch., auf Amsterdam 3 Monat 159 Cts., auf Paris 3 Monat 337½ Cts. Neueste Prämien-Anleihe 106. Imperials 6 Rbl. 8 Kp. Gelber Lichttalg pr. August (alles Geld im Voraus) 45¼.

Danzig, den 22. März. **Bahnpreise.**

Weizen gut bunt, hellbunt, fein und hochbunt, 120/123—125/27—128/29—130/31 ℔. von 51/53/56—58/59/61—63/64—65/67½/70 Sgr. nach Qualität pr. 85℔.

Roggen 120/123/124—126/128/130 ℔ von 36½/38/38½—39/39½/40/2 Sgr. pr. 81⅚ ℔.

Erbsen 40—48 Sgr., bis 50 Sgr. für trockene.

Gerste, kleine 105—112 ℔. von 26—30/30½/31 Sgr., große 110—118/19 ℔. von 29/30—34 Sgr.

Hafer 21—24 Sgr.

Spiritus 13⅔ Rp. pr. 8000 % Tr.

Getreide-Börse. Wetter: Frost. Wind: SW. — Heute sind 130 Last Weizen zu unveränderten Preisen gehandelt. 119℔. hellfarbig fl. 325; 124℔ bunt fl. 355, fl. 366; 125/6℔ sehr hell fl. 372; 128℔. gut bunt fl. 381; 128℔ hellbunt fl. 396; 130℔ bunt fl. 400; 129/30℔ hellbunt fl. 405, fl. 410; 131℔ fein bunt fl. 415. pr. 85℔. Vom Speicher sind gestern Nachmittag noch 53 Last 128/9℔ hellfarbig à fl. 388 auf Lieferung bei Schifffahrts-Eröffnung 140 Last 128℔ hellbunt a fl. 402½ pr. 85℔. gekauft. — Roggen fest, 126℔ fl. 234; 127℔ fl. 235½; 129/30℔. fl. 241½, pr. 81⅚℔. Auf Lieferung April-Mai und Mai-Juni sind gestern und heute 170 Last Roggen 123℔ a fl. 240 pr. 81⅚ ℔ gekauft; auch noch 50 Last pr. Juni-Juli zu unbekannt gebliebenem Preise. — Weiße Erbsen fl. 300 pr. 90℔. — Spiritus 13⅔ Rp. bezahlt.

Verantwortlicher Redacteur H. Rickert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

März	Stunde	Baromt.-Stand in Par.-Lin.	Therm. im Freien	Wind und Wetter.
21	4	337,58	— 2,0	WSW. stürmisch, meistens klar.
22	8	336,19	— 8,1	S. mäßig, klar.
	12	335,66	— 2,5	S. do. do.

Abfahrt und Ankunft der Eisenbahnzüge.

Abfahrt von Danzig:

Nach Berlin: 1) $6_{,27}$ Abds.; Ankunft in Berlin $5_{,40}$ Morgens. (Nach Thorn resp. Warschau kein Anschluß.)
2) $6_{,3}$ Morgens; Ankunft in Berlin $8_{,30}$ Abds. (Beförderung nach Thorn, bis Alexandrowo und bis Elbing.)
3) $11_{,54}$ Mittags; Ankunft in Berlin 11 U. Vorm. (Beförderung nach Thorn und Anschluß nach Eydtkuhnen.)

Nach Eydtkuhnen: 1) $8_{,44}$ Abds.; Ankunft in Eydtkuhnen $8_{,7}$ Vorm., in Petersburg $4_{,50}$ Abds. am folgenden Tage.)
2) $8_{,25}$ Morg.; Ankunft in Eydtkuhnen $5_{,9}$ Abds., in Petersburg $7_{,30}$ Abds. folg. Tgs.

Ankunft in Danzig:

Von Berlin: $10_{,22}$ Vorm., $11_{,47}$ Nachts, $5_{,17}$ Nachm.
Von Eydtkuhnen: [illegible] Vorm., $8_{,29}$ Abds., [illegible] Nachm.

Abgang der Posten:

Nach Neufahrwasser: Cariolpost täglich $12_{,30}$ Mittags.
„ Ohra: Cariolpost täglich 7 U. Morgens.
„ Berent: Personenpost täglich 1 U. Morg., 12 U. Mittags, $6_{,30}$ Abds.
„ Neustadt: Personenpost tägl. 2 U. Morg.
„ Stutthof: Cariolpost tägl. $1_{,30}$ Nachm.
„ Stolp über Carthaus: Personenpost tägl. 6 U. Morg. u. 3 U. Nachm.
„ Cöslin: Schnellpost tägl. $11_{,15}$ Vorm., Personenpost tägl. 6 U. Nachm.
„ Gr. Zünder: Botenpost tägl. $1_{,30}$ Nachm.

Tarif für Tagesbillets

auf folgenden Stationen der Königl. Ostbahn
(in Silbergroschen).

Von	Nach	Klasse II.	Klasse III.	Von	Nach	Klasse II.	Klasse III.
Danzig	Dirschau	29	17	Simonsdorf	Dirschau	9	5
„	Marienburg	46	26	„	Marienburg	9	5
Czerwinsk	Danzig	67	—	Dirschau	„	17	10
Pelplin	„	48	—	Marienburg	Dirschau	17	10
Dirschau	„	29	17	„	Elbing	27	16
Hohenstein	„	19	11	Altfelde	„	17	10
Praust	„	9	6	Grunau	„	10	6
Simonsdorf	„	38	22	Güldenboden	„	12	7
Marienburg	„	46	26	Schlobitten	„	23	14
Altfelde	„	56	32	Elbing	Königsberg	09	62
Grunau	„	63	36	Bromberg	Thorn (u.v.v.)	47	27
Elbing	„	73	42	Schneidemühl	Bromberg	81	47

Meine liebe Frau Ida geb. Nax wurde heute früh 1½ Uhr von einem muntern Mädchen leicht und glücklich entbunden.

H. W. Mayer.

Danzig, 22. März 1865. (2632)

Mit dem 1. April 1865 beginnt für das in Berlin im Verlage von Franz Duncker und unter Redaction des Dr. G. Lewinstein erscheinende Blatt:

„Die Verfassung“,
Wochenblatt für das Volk,

ein neues Abonnement.

Das Blatt wird nach wie vor in volksthümlicher und leicht faßlicher Weise alle unser gesammtes Staatsleben berührende Fragen im Sinne der entschiedenen liberalen Partei besprechen. Es wird von Berlin aus regelmäßig jeden Donnerstag Abend versandt, so daß es auch in den entferntesten Gegenden unseres Vaterlandes am Sonnabend Abend in den Händen unserer Abonnenten sein kann. Wir bitten, die Abonnements möglichst rechtzeitig bei den Postanstalten anzumelden, da sonst die vollständige Nachlieferung der erschienenen Exemplare nicht versprochen werden kann.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt bei allen preußischen Postanstalten 4½ Sgr., bei den übrigen deutschen Postanstalten 7½ Sgr.; in Berlin in der Expedition, Mohrenstr. 34, 4½ Sgr., bei sämmtlichen Zeitungsspediteuren 6 Sgr. Einzelne Nummern 6 Pf. Inserate, welche bei der großen Auflage des Blattes (gegen 8000 Exemplare) im ganzen Lande Verbreitung finden, die gespaltene Petitzeile 3 Sgr., bei öfterer Wiederholung wird ein angemessener Rabatt bewilligt.

Der

„Bürger- und Bauernfreund“

beginnt mit dem 1. April ein neues Quartal. Er wird in der alten Form fortgesetzt werden, **gedruckt bei Fr. Krauseneck und Sohn, redigirt von John Reitenbach-Plicken,** wird auch **in jeder Nummer ein Bild bringen.**

Seine Aufgabe wird es nach wie vor sein, die **freisinnigsten politischen Ansichten** in **volksthümlichster** Sprache zur Geltung zu bringen, als Pionier größeren freisinnigen Blättern den Boden im Volke zu bereiten.

Da wir regelmäßig die Artikel der Provinzial-Correspondenz und der Amtsblätter eingehend besprechen, wenn's nöthig widerlegen werden, **ersuchen wir Freunde der Volksfreiheit für weiteste Verbreitung unseres Blattes thätig sein zu wollen.**

Es kostet für das Vierteljahr bei Abholung von der Post für Stadt und Land **4 Sgr. 6 Pf.**, durch den Postboten ins Haus gebracht auf dem Lande 2 Sgr. 6 Pf. mehr.

Inserate finden die weiteste Verbreitung durch ganz Deutschland und wird die gespaltene Zeile mit **3** Silbergroschen berechnet.

Gumbinnen, im März 1865.

Die Herausgeber:

Büttler-Marienhöhe.

Th. Käswurm-Puspern.

J. Reitenbach-Plicken.

Feine Schweizer Reißzeuge für Techniker u. Schulen von 12½ Sgr. bis 16⅔ Thlr, sowie einzelne Stücke zu Reißzeugen empfiehlt zu billigen festen Preisen, auch werden hierin Reparaturen ausgeführt von

C. Müller, Mechanikus und Optikus,

(2652) Jopengasse am Pfarrhof.

Gänzlicher

Ausverkauf

vorj. Sonnenschirme und Entout cas in schweren seidenen Stoffen, auch eine **Partie Regenschirme** mit kleinen höchst unbedeutenden Fehlern.

Um vor der Saison mit vorjährigen Schirmen gänzlich zu räumen werden abgegeben eine **Partie seidener Entoutcas und Sonnenschirme pro Stück** 25 Sgr.

Bessere Sorte, deren reeller Werth 2½ u. 5 Rt., jetzt zu 1⅓ 1⅔, 2 u. 2½ Rt., **eine Partie seid. Regenschirme** pro **Stück** 1 Rt. 25 Sgr., 2¼, 2¾, 3 und 3½ Rt.

Regenschirme in Alpacca 1¼, 1½ u. 1¾ Rt.,

in Baumwolle zu 17½ u. 25 Rt. in der Schirmfabrik von [2534]

Alex. Sachs,

Matzkauschegasse.

Respirator (Lungenschützer), für **Hals- u. Lungenkranke, gegen Einathmen von kalter, rauher Luft,** für Erwachsene und Kinder, sowie **Dampf-Inhalations-Apparate** empfiehlt

C. Müller, Mechanikus und Bandagist,

(2654) Jopengasse am Pfarrhof.

Stralsunder Spielkarten

bester Sorte von v. d. Osten und Heidborn empfiehlt zu Fabrikpreisen

C. Müller, Jopengasse, am Pfarrhof.

(2653)

Ein Octant und verschiedene gute Seekarten sind zu verkaufen Rittergasse No. 17, 2 Treppen hoch. (2639)

Auf dem Dominium Gr. Czapielken stehen 90 Stück Zeitschafe zum Verkauf. (Abnahme nach der Schur.) [2635]

Bei dem bevorstehenden Ablauf des Quartals lade ich zum Abonnement auf die in meinem Verlage täglich zweimal erscheinende

Pommersche Zeitung

ergebenst ein.

Die in steter Ausdehnung begriffene Zeitung, für welche unbedingt tüchtige und bewährte Arbeitskräfte thätig sind, vertritt in entschiedener Weise die Interessen der liberalen Partei, bringt gediegene, die Zeitfragen klar besprechende Leitartikel, ferner Berliner Correspondenzen, eine vollständige Uebersicht der politischen Tagesereignisse, so wie der parlamentarischen Verhandlungen und interessante Feuilletons.

Nicht minder widmet das Blatt allen Stettiner Vorkommnissen, vorzugsweise den städtischen Angelegenheiten und dem Vereinsleben, seine volle Aufmerksamkeit und ist durch zahlreiche Correspondenten in der Provinz in den Stand gesetzt, auch von allen dortigen Vorgängen schleunige Mittheilung zu machen.

Der Abonnementspreis hier, excl. Botenlohn, beträgt 1 Thlr., in ganz Preußen bei allen Post-Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr. pro Quartal.

Stettin, im März 1865.

Ewald Gentzensohn.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publico hiermit die ergebene Anzeige, daß wir mit dem heutigen Tage im Hause gr. Wollwebergasse 4 ein

Herren-Garderoben-Geschäft und Tuch-Handlung

unter der Firma

A. Donepp & Co.,

Association vereinigter Schneidermeister, etablirt haben.

Durch langjährige Erfahrungen, genügende Mittel, so wie durch strengste Reellität, Pünktlichkeit und

die neuesten Erzeugnisse der Mode

hoffen wir jeden uns mit Aufträgen Beehrenden durchaus zufrieden zu stellen und bitten ergebenst unser Unternehmen geneigtest unterstützen zu wollen. (2620)

A. Donepp & Co.

Dreissig-

jährige Erfahrungen, unzählige Erfolge und Beweise, die Prüfungen der Wissenschaft und viele Tausende der unverwerflichsten Zeugnisse von Personen aus allen Ständen, so wie der stets wachsende Absatz und Beifall sind die beste Bürgschaft für die Untrüglichkeit des **Mailändischen Haarbalsams,** welcher sich als das einzig sichere und helfende Mittel zur Erhaltung, Verschönerung und Wachsthumsbeförderung der Haare bewährt hat, und bei vorhandener Haarlosigkeit die Reproductivkraft des Haarbodens wieder herstellt, die Kopfhaut belebt und den verlorenen natürlichen Schutz und Schmuck des Menschenhauptes zurückführt, wenn das Leben der Haarwurzeln nicht schon gänzlich erloschen ist. Preis 15 Sgr. das große, u. 9 Sgr. das kleine Glas.

Zugleich werden empfohlen:

Eau d'Atirona

oder feinste flüssige Schönheitsseife in Gläsern à 6 Sgr. und 12 Sgr. nebst Gebrauchsanweisung. Diese Seife stärkt und belebt die Haut, beseitigt leicht und schmerzlos alle Verunzierungen derselben, als Sommersprossen, Leber- und andere gelbe und braune Flecken, Hitzbläschen, Gesichtsrunzeln 2c. und ertheilt allen damit behandelten Theilen die **angenehmste Frische, Wohlgeruch, blendende Weiße und Zartheit.**

Anadoli

oder orientalische Zahnreinigungsmasse.

Mehr als alle anderen Mittel dient es um die Zähne auf die schnellste und unschädlichste Weise zu reinigen, sie von der zahllosen Menge mikroskopischer Schmarotzerthierchen und Pilzchen, so wie auch vom Zahnweinstein bei öfterer Benutzung für immer zu befreien, Tabaksgeruch und widrig riechenden Munddunst und Hauch zu entfernen, die Glasur der Zähne zu conserviren und dieselben blendend weiß wie Elfenbein herzustellen. Vorräthig in Gläsern à 10 Sgr. und in Schachteln à 6 Sgr. und 3 Sgr.

Irdische Größen, die Salons der feinen Welt und das Gesammtpublikum zollen diesen Mitteln ihre Anerkennung und enthusiastischen Beifall und die rühmenden Atteste von Männern der Wissenschaft bestätigen den bleibenden Werth dieser dem Wechsel der Mode nicht unterworfenen Fabrikate. Bestellungsbriefe und Gelder nebst 2 Sgr. für Verpackung und Postschein werden franco erbeten.

Carl Kreller, Chemiker in Nürnberg.

Alleinverkauf in Danzig bei:

Albert Neumann, Langenmarkt 38,

[2580] Ecke der Kürschnergasse.

Nachdem ich mir durch eine Reihe von Jahren das Vertrauen eines geehrten Publikums erworben habe, hoffe ich, dem Wunsche noch mehr entgegen zu kommen, daß ich von jetzt ab

ganz feste Preise einrichte

und ist dadurch auch dem Nichtkenner die reellste Bedienung zugesichert.

Josef Lichtenstein,

[2590] Langgasse 28.

Mein großes Lager ostpr. Leinen, Gebirgsleinen bis 9 Sgr., schlef. und Creas-Leinen, Handtücher und Klunkerleinen empfiehlt stück- und ellenweise, Preise billigst und fest,

Otto Retzlaff,

(2650) Fischmarkt.

Breitgasse 13 ist ein schönes Pianino zu verkaufen oder zu vermiethen. (2649)

Auf dem Dominium Gr. Czapielken sind gute Saat-Erbsen, desgleichen Hafer u. Sommer-Roggen zu haben. (2635)

Feinste Tischbutter erhält Mittwochs und Sonnabends frische Sendung

C. W. H. Schubert,

(2644) **Hundegasse 15.**

Ueber verkäufliche Güter

in Pommern, Ost- und Westpreußen, Hofbesitzungen, Hotels, Wassermühlen und 40 Grundstücke in der Stadt giebt genaue Auskunft **P. Pianowski,** Poggenpfuhl 22.

Gutskäufe.

Mehrfache Kaufaufträge veranlassen mich, die verkaufslustigen Herren Besitzer um gefl. Mittheilung des Näh. erg. z. ersuchen.

(2489) **T. Tesmer,** Langgasse 29.

Guts-Verkauf.

Meinen in der Pr. Holländer Feldmark gelegenen Abbau Quellenau, enthaltend ca. 186 Pr. Morgen Acker und Wiesen, Torf- und Mergel-Lager, completes Inventarium, gute Wohn- und Wirthschafts-Gebäude, fünf Antheile am Stadtwalde und mehrere andere Pertinenzien, — bin ich bei 6000 Rt. Anzahlung gewilligt, sofort zu verkaufen und können sich Kauflustige zu jeder Zeit bei mir melden. (2628)

Quellenau bei Pr. Holland, 1. März 1865.

Matthaei.

Ueber verkäufliche Güter

im Preise von 8000 bis 500,000 Rt. belegen in Preußen, Pommern und Posen, ertheilt Auskunft **Alb. Rob. Jacobi** in Danzig, Breitg. 64.

Anträge für die Preuß.

Hypotheken-Actien-Bank in Berlin nimmt entgegen

T. Tesmer, Hauptagent,

Langgasse 29.

Zucker in Broden,

feine Raffinade 17 Thlr. à Ctr., à 5 Sgr. 2 Pf. pro Pfd., feine Melis 16⅓ Thlr. à Ctr., à 5 Sgr. pro Pfd., empfiehlt

C. W. H. Schubert,

(2490) Hundegasse 15.

Bestes Schlesisches Pflaumenmus, Kirschkreide, Preisselbeeren, geschältes Backobst, Prünellen und Pflaumen empfiehlt billigst

A. Fast,

[2680] Langenmarkt No. 34.

Auf dem Dominium Gr. Czapielken stehen 6 große fette Ochsen zum Verkauf. [2635]

In dem neuen Hause Goldschmiedegasse No. 2 ist das Ladenlokal nebst Wohnung zu vermiethen. Näh. Goldschmiedeg. No. 4 [2629]

Kowall, Haus No. 4, sind veredelte **Aepfel-** und **Birnenbäume** zu verkaufen

---

HOTEL

Deutsches Haus.

Heute Abend frisch vom Faß echt **Hof-Bräu, Münchener Bock u. Culmbacher,** außerdem empfehle ich Dresdener Waldschloß, Felsenkeller, Würzburger u. Münchener Lagerbier.

Facturas über die Echtheit sämmtlicher von mir angezeigten Biere liegen zur gefälligen Einsicht bereit.

[2637] **O. Grünenwald.**

Ein Oekonomie-Inspector, 33 Jahre alt, 15 Jahre bei der Wirthschaft, verheirathet, der die besten Zeugnisse und Empfehlungen besitzt, sucht sofort ein anderweites Engagement als Inspector oder Rechnungsführer. Näh. Auskunft in der Exp. dieser Ztg. unter 2646.

Für ein hiesiges Commissions- und Waaren-Geschäft wird ein tüchtiger junger Mann gegen gutes Salair gesucht. Derselbe muß die Buchführung leiten, englisch und deutsch fertig correspondiren können und in äußeren Geschäften gewandt sein, auch die Vertretung des Prinzipals während dessen Abwesenheit übernehmen. Adressen nebst Angabe früherer Stellungen werden unter 2627 in der Exped. der Danziger Ztg. entgegengenommen.

---

2 Schneidergesellen, tüchtige Arbeiter, finden bei mir sofort gegen gutes Lohn dauernde Beschäftigung. (2647)

Schöneck, 21. März 1865.

M. Skerka, Schneidermeister.

Erzieherinnen, in allen Wissenschaften und in der Musik geübt, können empfohlen werden durch **P. Pianowski, Poggenpfuhl 22.**

Tüchtige Inspectoren, Buchführer und Commis für jede nur gewünschte Branche werden nachgewiesen durch

P. Pianowski, Poggenpf. 22.

Ein Candidat, der im Engl., Franz. und in der Musik unterrichten kann, wird sofort sehr vortheilhaft placirt durch

P. Pianowski,

[2640] Poggenpfuhl 22.

Ein thätiger Commis, im Versicherungsfach bewandert, findet sofort in einem hiesigen Assecuranz-Comptoir dauernde Beschäftigung. Offerten mit Gehaltsforderung i. d. Exped. d. Ztg. unter 2560 niederzulegen.

Große landwirthschaftliche

Ausstellung zu Köln

im Frühjahr 1865.

Zu der damit verbundenen Verloosung sind Loose à 1 Rt. zu haben in der Expedition dieser Zeitung.

Verein junger Kaufleute.

General-Versammlung,

Mittwoch, den 29. März,

Abends 7½ Uhr,

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Feststellung des Etats pro 1865/66.
3. Wahl des Vorstandes, der Stellvertreter u. Rechnungs-Revisoren.
4. Ergänzungswahl des Wahlcomités.
5. Ausloosung von Möbelactien. [2400]

Der Vorstand.

Vorläufige Anzeige.

Unterzeichneter beehrt sich hierdurch ergebenst anzuzeigen, daß er am 1. April d. J. im Saale des Schützenhauses ein großes

Vocal- und Instrumental-Concert

veranstalten wird. Durch die Unterstützung der ersten Kräfte des Stadttheaters und geehrter hiesiger Künstler wird es ihm möglich sein, ein brillantes Programm, dessen Veröffentlichung baldigst erfolgen soll, festzustellen.

Billets à Sgr. 15 zur Loge u. à 10 Sgr. zum Saal sind schon von jetzt ab in der Musikalienhandlung des Herrn **Weber,** in den Conditoreien der Herren **Grentzenberg** u. **Sebastiani** so wie im Deutschen Hause zu haben.

Um geneigte Theilnahme bittet

Emmerich Keim,

[2614] Opernsänger.

Selonke's Etablissement.

Donnerstag, 23. März:

Erstes Auftreten der Opernsängerin Frl. Berry, vom Stadttheater in Hamburg. **Auftreten des Balletmeisters Herrn Rinda, der Tänzerinnen Frl. Reisinger, Bachmann und Dessau, der Sängerinnen** Frl. Wieland und **Fr. Kohlmeyer,** des Tenoristen Herrn Chodowiecki, **des Opernsängers Herrn Arnoldi und der Gesellschaft Alphonso,** verbunden mit Concert von der **Buchholzschen** Kapelle. Zum Schluß: **Der verliebte Rekrut,** komische Tanz-Pantomime. (2631)

Anfang 7 Uhr. Entrée wie gewöhnlich.

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 23. März. (Abonn. suspendu.) Gastspiel der Königlichen Kammersängerin Frau Tuczek-Herrenburger. **Die Hochzeit des Figaro.** Oper in 4 Acten von Mozart.

*** Susanne — Frau Tuczek-Herrenburger.

(Sperrsitze und Plätze im ersten Rang à 20 Sgr.)

Freitag, den 24. März. (Abonn. suspendu.) Benefiz für Herrn Heßler. **Die Bürger von Danzig,** oder: **Kreuz u. Schwert.** Historisches Trauerspiel in 5 Acten von Rudolph Genée. Nach dem zweiten Acte Liedervorträge des Frl. Schneider.

Um allen Irrthümern betreffs der zu der morgen stattfindenden Vorstellung: „Die Hochzeit des Figaro“ auf Bestellung reservirten Billette vorzubeugen, ersuche ich ein geehrtes Publikum, dieselben bis um 11 Uhr Vormittags in Empfang nehmen zu wollen, indem ich später anderweitig über dieselben verfügen müßte.

E. Fischer.

Sonnabend bei K S e B.

(2638) **Laura. Erinnerung.**

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zu No. 2920 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, den 22. März 1865.

Danzig, den 22. März.

** Vom K. Marineministerium sind bereits Bestimmungen betreffs der diesjährigen Indienststellungen J. M. Kriegsschiffe getroffen, wonach von den hier stationirten: die Corvette „Hertha" zu den Probefahrten ausgerüstet, ferner das Artillerieschiff Fregatte „Gefion" für die Schießübungen bei Oxhoeft armirt und der Dampf-Aviso „Loreley" zu Peilungen im Jahdebusen verwendet werden sollen. Bezüglich der in Kiel stationirten Schiffe verlautet, daß die Corvette „Nymphe" und Kanonenboot „Blitz" eine Uebungsfahrt nach dem Mittelmeer antreten und längere Zeit im Bosporus verweilen werden.

* [Stadtverordneten-Sitzung am 21. März.] Stellv. Vorsitzender Hr. Damme, Vertreter des Magistrats die Herren Oberbürgermeister v. Winter, Bürgermeister Dr. Lintz, Stadträthe Strauß, Ladwig, Licht, Hirsch, Preußmann. Den wichtigsten Gegenstand der heutigen Tagesordnung bildeten die Mittheilungen des Magistrats in Betreff der Lazareth-Angelegenheit, welche eine wesentliche Wendung in dieser Frage constatiren. Wir geben den Inhalt der drei verlesenen Schriftstücke in seinen wesentlichsten Theilen, wie folgt, wieder.

In dem Berichte des Magistrats an den Herrn Minister vom 17. Februar giebt Ersterer davon Kenntniß, daß nach Anordnung der Kgl. Regierung der Stadtgemeinde ferner nur 35 Freibetten gewährt werden sollen und daß erst, wenn sich Ueberschüsse aus den Zahlungen der gegen Entgelt aufgenommenen Kranken gebildet haben, eine Aenderung hierin wieder eintreten solle. Dadurch werde das Lazareth mehr und mehr seiner Bestimmung, den armen Kranken der Stadt Danzig zu dienen, entzogen. Aber auch die Zahl der zahlenden Kranken werde nicht in der bisherigen Höhe erhalten werden. Die Gesellenkrankenkassen hätten bereits angefangen, in der Einrichtung eigener Krankenstuben ein Surrogat für das ihnen durch den hohen Verpflegungssatz entzogene Lazareth zu schaffen und auch die Stadtgemeinde werde aus finanziellen Gründen die fernere Benutzung des Lazareths mehr und mehr einschränken müssen. Der Bericht weist nun nach, daß die reichen Mittel des Lazareths immer weniger nutzbar werden. Der Verwaltungsapparat und das Inventar sei auf mehrere Hunderte von Kranken eingerichtet und jetzt die Anstalt auf einige Dutzend Kranke reduzirt worden. Die Erträge eines großen Vermögens, zum Besten der Stadt und ihrer Einwohner gestiftet, würden durch die bloßen Unterhaltungskosten einer größtentheils leer stehenden Anstalt und ihrer Beamten aufgezehrt. Eine Aenderung dieses Zustandes lasse sich nur erwarten, wenn die städtischen Behörden bewogen werden könnten, das Lazareth zu benutzen, nicht wie es der Stadt augenblicklich finanziell vortheilhaft sei, sondern wie es das Interesse der Anstalt selbst erfordere. Dazu seien die städtischen Behörden bereit, wenn ihnen wenigstens das Aufsichtsrecht über das Lazareth eingeräumt werde; es könne denselben nicht zugemuthet werden, den Interessen einer Anstalt Opfer zu bringen, die ihrer Einwirkung entzogen sei. Die städtischen Behörden beabsichtigten keine Bereicherung des Kämmereivermögens auf Kosten des Lazareths, davon gäben die Bestimmungen des von ihnen im vorigen Jahre genehmigten Statuts Zeugniß. Einer Entscheidung darüber Seitens des Hrn. Ministers werde immer noch entgegengesehen. Sollte die Genehmigung versagt und der Magistrat zum Betreten des Rechtsweges genöthigt sein, so wäre selbst eine ungünstige Entscheidung der Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes vorzuziehen. Magistrat erklärt schließlich nochmals ausdrücklich, daß der Wahrung und Förderung der medicinischen Interessen der qu. Anstalt jederzeit der möglichste Vorschub geleistet werden solle, wenn den städtischen Behörden der gebührende Einfluß auf die Verwaltung derselben durch Uebertragung der Oberaufsicht eingeräumt werde. Zugleich lehnt Magistrat jede Verantwortung für den sich täglich steigernden Verfall der Anstalt ab, die so lange zum Segen der Stadt bestanden. — Hierauf hat der Herr Cultus-Minister v. Mühler in einem an den Herrn Ober-Bürgermeister v. Winter gerichteten Rescript erwidert, daß er aus den öffentlichen Blättern von den Verhandlungen über die Danziger Lazareth-Angelegenheit in der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 21. Februar c., sowie von den Erklärungen Kenntniß genommen, welche Herr v. W. als Vertreter des Magistrats bei dieser Gelegenheit abgegeben habe. Gleichzeitig sei ihm der Bericht des Magistrats vom 17. Februar c. zugegangen, betr. die Bestätigung des Statutenentwurfs. Nach der Art und Weise, äußert sich der Herr Minister, wie der Magistrat die Angelegenheit bisher behandelt habe, und noch jetzt behandle, sei er weiter als je davon entfernt, auf eine Verhandlung über jenen Statutenentwurf einzugehen. Anstatt der Regierung in dem Bestreben behilflich zu sein, das Lazareth aus dem ganz verwahrlosten Zustande zu befreien, in welchem es 1859 unter städtischer Leitung vorgefunden worden sei, hätten die städtischen Behörden sich zunächst durch den Beschluß vom 24. September 1861 gänzlich von der Anstalt losgesagt, demnächst 1863 das Zustandekommen des auf dieser Grundlage mit den Lazarethvorstehern vereinbarten Statuts unter dem nichtigen Vorwande, sich bei Fassung des Beschlusses vom Jahre 1861 in einem Rechtsirrthum befunden zu haben, durchkreuzt; endlich hätten sie nach provisorischer Ordnung der Verhältnisse die Entwickelung des Instituts in keiner Beziehung gefördert, in mancher Beziehung geradezu verhindert, obgleich nicht blos in dem provisorischen Statut die materiellen Interessen der Stadt am Lazareth gewissenhaft gewahrt seien, sondern ihr auch in der Zulassung eines Magistrats-Commissarius als Vorsitzenden des Vorsteher-Collegiums eine Einwirkung auf die Verwaltung zugestanden worden sei, deren sie sogar vor dem J. 1859 völlig entbehrt habe. Als solche Handlungen, durch welche der Magistrat die Entwickelung des Lazareths positiv beeinträchtigt habe, bezeichnet der Hr. Minister namentlich die geflissentliche Vorenthaltung von Kranken, die Verweigerung resp. Verzögerung der Zahlung für die auf Rechnung der Stadt absorbirten Verpflegungstage, verbunden mit dem Bestreben, die mit solcher Handlungsweise nothwendig verbundenen Stockungen den Staatsbehörden zur Last zu legen; endlich den sachwidrigen Bescheid, durch welchen der wohlbegründete Antrag der Gesellenkrankenkasse vom Magistrat abgelehnt worden sei. Ebenso sei es eine ganz unzutreffende und das öffentliche Urtheil irreleitende Auffassung, welche das „Danziger Dampfboot" vom 22. v. Mts. Hrn. v. Winter in den Mund lege, daß das Lazareth mit den Mitteln der Commune wirthschafte. Denn das Lazareth wirthschafte lediglich mit seinen eigenen Mitteln und empfange von der Stadt — wenn anders diese ihrer Verpflichtung nachkomme — nichts weiter, als die Bezahlung für dasjenige, was es der Stadt leiste. Der Herr Minister müsse solchen Thatsachen gegenüber Anstand nehmn, das Lazareth einer Behörde zu überantworten, welche an demselben lediglich eigene Interessen verfolge. Es wäre gegen die Pflicht, die dem Herrn Minister als Aufsichtsbehörde des Lazareths obliege. Könne er die Gründe der Klagen, welche Hr. v. W. in der qu. Stadtverordneten-Versammlung erhoben habe, nicht anerkennen, so sei er doch gegen diese Klagen selbst, was namentlich das angebliche Defizit und das Verhältniß der Gesellenkrankenkasse anlange, nicht taub. In beiden Beziehungen habe der Herr Minister die Königliche Regierung mit Instructionen versehen, welche für die Zukunft auch den Vorwand zu ähnlichen Klagen abschneiden würden. —

Hr. Ober-Bürgermeister v. Winter hat unterm 15. März c. auf diese Verfügung des Hrn. Ministers v. Mühler geantwortet, daß er dieselbe Behufs ihrer sachlichen Erledigung an den Magistrat abgegeben habe. Wenn sich Hr. v. W. erlaube, seinerseits einige Bemerkungen dem Hrn. Minister zur Erwägung zu unterbreiten, so seien es nicht die seine Aeußerungen in der Stadtverordneten-Versammlung betreffenden Stellen der qu. Verfügung, welche ihn zu einer Entgegnung veranlaßten. Der Hr. Minister werde ohne Zweifel selbst die Erfahrung gemacht haben, daß ein Zeitungsreferat, welches einen längeren Vortrag in wenige Säze zusammendrängen wolle, nothwendig die gemachten Außerungen umgestalten oder aus dem Zusammenhange nehmen müsse. Ein solches Referat dürfte also wohl kein genügendes Material liefern, um seinen Vortrag einer Kritik zu unterziehen. — Was Hrn. v. Winter zu einer Erwiderung nöthige, seien die vielfach unrichtigen thatsächlichen Voraussetzungen, von denen die Verfügung ausgehe, und welche ihm die Pflicht auferlegten, die unvollständige Information, welche die Ministerialacten zu liefern schienen, auf Grund der hiesigen Acten zu ergänzen und zu berichtigen.

1) Werde den städtischen Behörden der Vorwurf gemacht, daß sie, „anstatt der Regierung in dem Bestreben behilflich zu sein, das Lazareth aus dem verwahrlosten Zustand zu befreien, in welchem es 1859 unter städtischer Leitung vorgefunden wurde, sich durch den Beschluß vom 24. Sept. 1861 gänzlich von der Anstalt losgesagt hätten."

Ob das Lazareth 1859 in einem „verwahrlosten" Zustande vorgefunden worden sei, müsse Hr. v. Winter dahingestellt sein lassen; Thatsache sei, daß dasselbe, was die ärztlichen Leistungen angehe, vor 1859 eines allgemeinen Vertrauens sich erfreut habe. Die vielfachen Revisionen, denen es derzeit unterworfen worden sei, hätten vorzugsweise Mängel der Vermögensverwaltung ergeben. Die Mängel, die sich bei der Krankenpflege und den damit zusammenhängenden Einrichtungen ergaben, hätten theils auf einer zeitweisen Ueberfüllung der Anstalt beruht, theils wären sie geringfügiger Natur gewesen, theils und wesentlich hätten sie ihre Quellen in der ursprünglichen baulichen Anlage des Lazareths.

Die Communalbehörden hätten der Regierung in ihrem Bestreben, das Lazareth von seinen Mängeln zu befreien, ihre Beihilfe nicht versagt. Vielmehr hätten sie bereits im J. 1858 eine Commission zur Revision des Lazareths niedergesetzt und diese Commission habe die Verwaltung des Lazareths in allen Theilen auf das Genaueste geprüft. Die Communalbehörden hätten das Resultat sowohl dieser Revision, als der von den K. Staatsbehörden vorgenommenen Revision beachtet. Die bei der Krankenpflege vorgefundenen Mängel seien, soweit die Anordnung der Medizinalbehörden die städt. Behörden angingen, beseitigt worden. Zur bessern Ordnung der Vermögensverwaltung sei die Anstellung neuer Beamten beschlossen worden, obgleich die dadurch entstehenden Kosten auf die Kämmereikasse zurückfielen. Um die Ordnung dauernd zu erhalten, sollten Rechte und Pflichten der Vorsteher und aller Anstaltsbeamten durch Statut und Instructionen festgestellt werden und die jahrelangen Verhandlungen zu diesem Zwecke seien wahrlich nicht aus Mangel an gutem Willen auf Seiten der Communalbehörden gescheitert. Der Beschluß vom 24. September 1861 wäre, wie Herr v. Winter gern anerkennen wolle, weder rechtlich begründet, noch zweckmäßig. Eine gänzliche Lossagung der Communalbehörden von der Anstalt enthalte er aber keineswegs. Er besage nur, daß die Stadtv.-Vers. zwar das Lazareth als ein selbstständiges Institut anerkenne, daß sie aber zur Zeit sich noch nicht darüber auslassen könne, ob eine Trennung unbedingt nothwendig sei; vielmehr solle eine gemischte Commission erwägen, wie die Angelegenheit zu regeln sei, damit unbeschadet der Selbstständigkeit der Vorsteher der Stiftung gegenüber, dennoch die Communalinteressen gesichert würden. Es sei also, wenngleich man theoretisch die Selbstständigkeit des Lazareths anerkannt hätte, die Trennung des Lazareths von der Commune zur Zeit abgelehnt worden und factisch sei die Verwaltung geblieben, wie sie bis dahin bestanden habe.

2) Das Rescript sage ferner: „Die Communalbehörden hätten demnächst das Zustandekommen des mit den Lazarethvorstehern vereinbarten Statuts unter dem nichtigen Vorwande, sich bei Fassung des Beschlusses v. J. 1861 in einem Rechtsirrthum befunden zu haben, durchkreuzt." Hiervon dürfte, wie Hr. v. Winter erläutert, nur das thatsächlich richtig sein, daß die Communalbehörden 1863 den Beschluß von 1861, als auf einem Rechtsirrthum beruhend, aufgehoben haben. Die Rechtsauffassung, welcher die Communalbehörden hiebei folgten, sei dieselbe, welche die Kgl. Staatsbehörden Jahrzehnte lang gehegt hätten, zu deren Durchführung sie den Magistrat sogar mit Ordnungsstrafen hätten nöthigen wollen. Daß die städt. Behörden sich endlich wieder zu einer solchen Rechtsauffassung bekannt hätten, nachdem sie sich irrigerweise von ihr entfernt, könne nach dem Dafürhalten des Hrn. v. W. am wenigsten den Kgl. Staatsbehörden selbst genügender Grund zu dem schweren Vorwurf eines Suchens nach „nichtigem Vorwande" geben. Eine einfache Zusammenstellung der Daten werde genügen, um dem Hrn. Minister die Ueberzeugung zu geben, daß der Beschluß vom J. 1863 das Zustandekommen des mit den Lazarethvorstehern von dem Hrn. Minister vereinbarten Statuts — nur dies könne nach dem Zusammenhange von Hrn. v. Mühler gemeint sein — nicht hätte durchkreuzen sollen. Der Beschluß der Communalbehörden sei vom 28. Juli 1863, das von dem Hrn. Minister mit den Lazarethvorstehern vereinbarte provisorische Statut sei erst vom 14. Januar 1864. Ueberhaupt sei ja das Zustandekommen dieses Statuts gar nicht durchkreuzt worden, dasselbe sei vielmehr in Kraft getreten. Was durchkreuzt worden sei, sei die Ausführung des Communalbeschlusses vom 28. Juli 1863, desselben, welches die Lazarethverhältnisse nach Maßgabe der von der Kgl. Regierung selbst früher getroffenen Anordnungen regeln wollte. Die Ausführung sei durchkreuzt worden durch die Beanstandung des Beschlusses mittelst der Regierungs-Verfügung vom 30. Juli 1863, ferner dadurch, daß die Beschwerden über diese Regierungs-Verfügung 8 Monate lang unbeantwortet blieben und schließlich zwar stillschweigend als begründet anerkannt, aber nicht abgestellt, sondern durch das inzwischen erlassene provisorische Statut für erledigt erklärt worden seien.

3) Nach Einführung dieses den Communalbehörden aufgezwungenen Statuts hätten dieselben, wie das Ministerialrescript weiter bemerke, „die Entwickelung des Instituts in keiner Weise gefördert, vielmehr in mancher Beziehung geradezu verhindert, namentlich durch geflissentliche Vorenthaltung der Kranken, Verweigerung der Zahlung, durch das Bestreben, die Stockungen den Staatsbehörden zur Last zu legen und durch den sachwidrigen Bescheid an die Gesellen-Krankenkassen". Hr. v. Winter erklärt einräumen zu müssen, daß der Magistrat die städtischen Kranken so viel wie möglich dem Lazareth vorenthalte, d. h. so weit er sie billiger anderwärts verpflegen konnte. Er glaubt aber, daß der Magistrat damit nur seine Schuldigkeit gethan habe. Dagegen bestreitet Hr. v. Winter, daß der Magistrat die Zahlung der dem Lazareth zukommenden Vergütung verweigert oder verzögert hat. Ehe derselbe zahle, müßten die vom Lazareth geforderten Beträge gerechtfertigt werden und die Einwendungen, die der Magistrat zu haben glaube, müßten in dem für vermögensrechtliche Streitigkeiten vorgeschriebenen Wege erledigt werden. Bestände der Magistrat nicht auf diesem Verlangen, so würde er die ihm gegen die Stadtgemeinde obliegenden Pflichten gröblich verletzen. — Daß Stockungen in der Lazarethverwaltung eingetreten sind, ist Hrn. v. Winter nicht bekannt. Sei dies aber der Fall, und hätten die Betheiligten oder das Publikum dieselben den Staatsbehörden zur Last gelegt, so sei der Magistrat hierbei nicht betheiligt. Herr v. W. wisse den Magistrat frei von dem Bestreben, den Staatsbehörden irgend etwas zur Last zu legen, was sich nicht als eine Folge ihrer Anordnungen darstelle. Insbesondere dürfte ein solches Bestreben nicht füglich erkennbar sein in dem Bescheide an die Gesellenkrankenkassen, den der Herr Minister als sachwidrig bezeichne. Der erste Bescheid an die Krankenkassee bezöge sich auf den Antrag, den durch das provisorische Statut bestimmten Verpflegungssatz von 12½ Sgr. herabzusetzen. Der Magistrat habe erklärt, es läge außer seiner Macht, den Satz zu ändern, da ihm zur Zeit jeder Einfluß auf die Verwaltung des Lazareths entzogen sei. Damals sei der Magistrat in dem Lazareth-Vorstande noch nicht vertreten gewesen. Der zweite Bescheid aber vom 9. Februar c. bezöge sich auf eine Anfrage, ob auf Grund einer im Beisein des Magistratscommissarius stattgehabten Verhandlung des K. Geh. Reg.-Raths Esse mit den Krankenkassenvertretern schon bestimmte Schritte geschehen seien. Der Magistrats-Commissarius hätte damals seine Bemühungen für das Zustandebringen eines Arrangements verheißen, nach welchem ein Theil der der Stadtgemeinde zustehenden 100 Freibetten den Krankenkassen zu Gute kommen sollte. Der Bescheid sei dahin gegangen, daß die Königl. Regierung inzwischen die Voraussetzung, unter welcher die Verhandlung vom 9. December pr. stattfand, daß nämlich der Stadtgemeinde 100 Freibetten im Lazareth zustehen, aufgehoben habe; daß der Stadtgemeinde gegenwärtig 35 Freibetten eingeräumt worden, und daß es unter diesen Umständen unmöglich sei, den Krankenkassen einen Antheil an den Freibetten einzuräumen. Auch nach gründlichster Prüfung vermöge Hr. v. Winter in diesem Bescheide nicht ein falsches, ja nicht einmal ein ungenaues Wort zu entdecken und er erlaube sich daher, den Vorwurf der Sachwidrigkeit ehrerbietigst abzulehnen.

4) Einen andern Vorwurf, den der Herr Minister in seiner Verfügung gegen den Magistrat erhoben, erkennt Hr. v. Winter dagegen gern als begründet an, den Vorwurf nämlich, daß der Magistrat an dem Lazareth nur seine eigenen Interessen, worunter doch wohl die städtischen Interessen gemeint seien, verfolge. In der Lazareth-Angelegenheit, wie in allen andern Fragen, verfolge der Magistrat keine andern als die städtischen Interessen. Der Magistrat könne nicht die Hand dazu bieten, daß Kranke, die billiger untergebracht werden könnten, in das Lazareth um des Lazareths halber geschickt, oder daß in anderer Form aus städtischen Mitteln Aufwendungen für das Lazareth gemacht würden, so lange das Lazareth nicht ein städtisches Institut sei. Stehe es wieder unter Aufsicht der Communalbehörden, dürfe die Stadtgemeinde es wieder als eine ihr zugehörige Anstalt oder Stiftung betrachten, dann würden die Communalbehörden keinen Anstand nehmen, die Benutzung des Lazareths zugleich möglichst nach dem Interesse des Lazareths zu regeln und die Geldmittel der Commune, aus denen das Lazareth früher so reichlich gespeist worden sei, auch ferner für dasselbe zu verwenden. Wenn diese Auffassung die Billigung des Herrn Ministers nicht finde, so könne Herr v. W. dies im Interesse der Sache nur auf das lebhafteste bedauern, „Klagen" aber hätte er darüber in der Stadtv.-Vers. nicht erhoben. Ihm sei zur Genüge bekannt, daß es gegen polizeiliche Anordnungen keinen Besitzschutz gebe; die städtischen Behörden würden über das ihrerseits zu Veranlassende Beschluß zu fassen haben, wenn die angekündigten neuen Instructionen für die Königliche Regierung eine neue der Stadt-Gemeinde nachtheilige Aenderung des factischen Zustandes herbeiführen sollten. — Die Verlesung der Antwort des Herrn v. Winter wird an mehreren Stellen mit lebhaftem Beifall begleitet. Herr Biber will auf das verlesene Rescript des Herrn Cultusministers nicht weiter eingehen, weil eine solche Kritik jetzt vielleicht weniger für

die Oeffentlichkeit geeignet befunden werden dürfte. Er begnüge sich daher damit, die Versammlung aufzufordern, in Anerkennung der würdigen und mannhaften Weise, in welcher der Herr Oberbürgermeister v. Winter als Vertreter des Magistrats die Vorwürfe des Herrn Ministers zurückgewiesen und die Interessen der Stadt gewahrt habe, sich von den Sitzen zu erheben. Die Versammlung erhebt sich einmüthig. Herr Dr. Piwko beantragt, die sämmtlichen vorgelesenen Schriftstücke wörtlich im Protokoll wiederzugeben, damit sie der Bürgerschaft zur Kenntniß kämen. Hr. Oberbürgermstr. v. Winter bittet, diesen Antrag nicht zu acceptiren; der Mag. sei völlig befriedigt durch die Uebereinstimmung mit den Stadtverordneten, die sie so eben in ehrenvollster Weise kund gegeben. Ohnehin sei ja die Verhandlung eine öffentliche gewesen. Hr. Dr. Liévin ist auch gegen die Veröffentlichung durch das Protocoll. In Folge des Wunsches des Hrn. Ober-Bürgermeisters zieht Hr. Dr. Piwko seinen Antrag zurück. (Schluß folgt.)

*[Aus dem Bericht der Herren Aeltesten der Kaufmannschaft.] Im verflossenen Jahre sind angekommen 2151 Schiffe gegen 3103 in 1863, dazu neuerbaute und angekaufte 8, aus dem Winterlager von 1863 167, zusammen 2326 Schiffe. Aus dem Hafen sind gegangen 2211 Schiffe gegen 3165 Schiffe in 1863. Von den Seeschiffen ausgeschieden 1. Ultimo 1864 lagen im Hafen theils segelfertig, theils im Winterlager 114. Am Anfange des Jahres 1864 bestand unsere Rhederei aus 123 Segelschiffen und 13 Dampfschiffen, zusammen 34,765 Last, ab: verloren im Laufe des Jahres 11 Segelschiffe, verkauft 4 Segelschiffe, 1 Dampfschiff, bleiben 108 Segelschiffe und 12 Dampfschiffe, zu: durch Neubau im Laufe des Jahres 4 Segelschiffe, 1 Dampfschiff, durch veränderten Sitz der Rhederei 2 Segelschiffe. Es besteht demnach unsere Rhederei jetzt aus 114 Segelschiffen und 13 Dampfschiffen mit zusammen 32,622 Last — gegen 123 Segelschiffe und 13 Dampfschiffe, mit zusammen 34,765 Last am Anfange des Jahres.

[Die seewärts in Danzig eingegangenen Waaren] hatten im Jahre 1864 einen Werth von 4,376,471 Rp. gegen 5,226,081 Rp. im Jahre 1863. Ausgegangen sind in 1864: Getreide und Saat: Weizen 62,493 Last, Roggen 29,981 Last, Gerste 2947 Last, Hafer 98 Last, Erbsen 2530 Last, Leinsaat 96 Last, Rübsen 6590 Last, zusammen 104,735 Last im Gesammtwerthe von 12,502,170 Rp., gegen 17,238,800 Rp. im Jahre 1863. — Holz: Kieferne und tannene Hölzer: 1,200,679 Stück, 3178 Faden Splittholz, 4716 Schock Schiffsnägel, zusammen im Werthe von 2,615,000 Rp.; eichene Hölzer 104,716 Stück und 24,138 Schock Stäbe, zusammen im Werthe von 939,000 Rp.; diverse Hölzer für 1000 Rp., Gesammtsumme für Holz in 1864 3,555,000 Rp. gegen 5,310,000 Rp. in 1863. Die Differenz in der Ausfuhr zwischen 1864 und 1863 beträgt also nur in Getreide und Holz über 6½ Millionen, die voriges Jahr weniger ausgingen.

* Laut Nachricht aus Fotösund (bei Gothenburg) vom 13. März war noch sehr viel Treibeis im Kattegat. Das Schiff „Bellona", Capt. Pepke, auf seiner Reise von Sunderland nach Danzig befand sich am 6. März bei Winga und glaubte trotz des Eises fortzukommen, wurde aber am 12. März von einem schwedischen Dampfer (dessen Führer dieses berichtet) noch ebendaselbst angetroffen, nachdem Bellona inzwischen bei Morups-Feuer gewesen war, aber wegen des Treibeises hatte umkehren müssen. Capt. Pepke war nun im Begriff, nochmals ein Fortkommen südwärts zu versuchen, bevor er sich entschlösse, Fotösund als Nothhafen zu wählen; wobei ihm von dem Führer des Dampfers erklärt wurde, daß solches bei der Menge des Treibeises ihm nicht gelingen könne.

☧ Dirschau, 21. März. Die hiesige Stadtverordneten-Versammlung beschloß gestern in geheimer Sitzung, unserem Bürgermeister, Herrn Wagner, in Anerkennung zehnjähriger treuer Amtswirksamkeit eine jährliche Gehaltszulage von 200 Rp. zu gewähren.

⊙ Marienwerder, 21. März. In der diesmaligen hiesigen Schwurgerichtsperiode kam auch eine Angelegenheit zur Verhandlung, die mit dem letzten polnischen Aufstand im Zusammenhange steht. Bekanntlich war der katholische Pfarrer Rochowski aus Skarlin bei Loebau wegen polnischer Agitation denuncirt und deswegen in der Hausvogtei in Berlin längere Zeit in Untersuchung gehalten worden. Der Denunciant, ein gewisser Peter Zdzierski aus Lekart bei Loebau, hatte seine desfallsige Anklage beeidigt. Durch die erfolgte Zeugenverhörung hat sich indeß herausgestellt, daß der Eid wissentlich falsch abgelegt sei. Nach dem Verdict der Geschworenen verurtheilte den Gerichtshof den ꝛc. Zdzierski zu vier Jahren Zuchthaus. — Der Frühling begann bei uns mit der angenehmen Temperatur von 14 Grad R. Kälte.

Rosenberg, 19. März. (G.) Gestern fand hier eine Versammlung aller Derer statt, welche sich für das Zustandekommen eines Creditvereins interessiren. Ein im Voraus entworfenes Statut wurde verlesen und nach einiger Debatte von 66 der Anwesenden unterzeichnet. In Kurzem findet die Wahl der Vorstandsmitglieder statt, so daß wahrscheinlich zum 1. Mai der Verein seine Thätigkeit beginnen wird. Dies Resultat ist dem Kaufmann B. Laudon zu danken.

Graudenz. (G.) Von einem Arzte des hiesigen Kreises erhalten wir folgende dankenswerthe Zuschrift: „Auch im Graudenzer Kreise hat bereits die in Ihrem Blatte schon vielfach erwähnte Gehirn-Rückenmarkskrankheit ihre Opfer gefordert. Ohne die schon bekannten, nicht lang dauernden Vorboten tritt bei Erwachsenen eine unbeschreibliche, unnennbare Angst, hin und wieder mit Erbrechen auf, zu dem sich bei Schlaflosigkeit, dumpfem Kopf- und Rückenschmerz baldige Betäubung und Bewußtlosigkeit gesellt. In diesem Stadio gewährt der Leidende das Bild eines Typhus-Kranken im letzten Zeitraume mit ungleich größerer Gefahr, denn die Lungen und das Herz lassen den Tod vom Nervensystem aus in baldiger Lähmung erblicken. Kinder versagen die Brust und jegliche Nahrung und haben gleich den Erwachsenen geringe Neigung nach Getränk, liegen bei halber Betäubung eher kühl, als warm, ohne Theilnahme an der Umgebung. Eine kräftige spanische Fliege ins Genick, die Einreibung von 15 bis 20 Tropfen Krotenöl auf dem von den Haaren in der Größe einer flachen Hand abgeschorenen Schädel, hin und wieder ein kalter Umschlag auf den Vorderkopf sind in mehreren Fällen vermögend gewesen, die gefährlichsten Erscheinungen zu beseitigen und die Genesung langsam in Aussicht zu stellen."

— (G.) Der frühere Director des hiesigen Seminars, Herr Henschel, jetzt Pfarrer in Suckau bei Danzig, wäre beinahe das Opfer eines verruchten Verbrechens geworden. Er wurde in der Nacht in seiner Wohnung von zwei Männern überfallen, geknebelt in den Keller geschleppt und dort aufgehängt, nachdem die beiden Verbrecher die Wohnung beraubt hatten. Bald darauf wurde die Wirthin durch Geräusch und Stöhnen geweckt, und demselben folgend, kam sie glücklicherweise noch zeitig genug in den Keller, um ihren Herrn aus seiner jämmerlichen Lage zu befreien. Was über die Persönlichkeit der Verbrecher verlautet, behalten wir uns vor, mitzutheilen, sobald sichere Nachrichten darüber vorliegen.

Vermischtes.

— Prof. v. Holtzendorff hielt am Sonnabend im wissenschaftlichen Verein einen Vortrag über die Verbrechen der Frauen. Am Schlusse mahnte der Redner mit warmen Worten daran, sich der gefangenen und namentlich der aus dem Gefängnisse entlassenen Frauen anzunehmen: „wer in den Kerker tröstend hinabsteigt, steht an Größe gleich dem Römer, der sich für sein Vaterland in den Abgrund stürzte." Gebeugt, geknickt und hilflos verlassen die Unglücklichen das Gefängniß — nicht stolz erhobenen Hauptes, wie der politische Verbrecher, der sich zum Troste sagen darf, daß Preußens größter König den Weg durch das Gefängniß zum Throne gegangen. — Der König wohnte dem Vortrage bei.

Productenmärkte.

Elbing, 21. März. (N. E. A.) Witterung: Seit Sonntag strenger Frost. Wind: Westen. — Die Zufuhren von Getreide sind geringer geworden. Die Preise haben sich bei etwas besserer Stimmung vollkommen behauptet; auf die Witterungs-Speculation, die anderwärts für Roggen eingetreten ist, will man hier noch nicht eingehen. — Spiritus bei schwacher Zufuhr höher — Weizen hochbunter 116—128 ℔. 42/43—59/60 Sgr., bunter 115—125 ℔. 40/41—53/54 Sgr., roth 129 ℔. 58 Sgr. — Roggen gesund 120—122 ℔. 34—35 Sgr., 125—127 ℔. 37½—38½ Sgr., krank 118 ℔ 32½ Sgr. — Gerste kleine gesunde 109 ℔. 29 Sgr. — Hafer 78 ℔. 23 Sgr. pr 50 ℔ Zollgewicht. — Erbsen weiße Koch- 43—49 Sgr., Futter 36—42 Sgr., grüne 36—46 Sgr. — Spiritus bei Partie 13 7/12—⅔ Rp. pr 8000 % Tr.

Königsberg, 21. März. (K. H. Z.) Wind: SW. — 2°. Weizen in guter Frage, hochbunter 120/130 ℔ 50/74 Sgr. Br., 115/116/129 ℔. 45/68 Sgr. bez., bunter 120/130 ℔. 45/70 Sgr. Br., 112/113/120 ℔. 38/50 Sgr. bez., rother 120/130 ℔. 45/70 Sgr. Br., 123/124/125 ℔. 53/54½ Sgr. bez. Roggen höher, loco 110/120/126 ℔. 34/39/43 Sgr. Br., 117/118/120—122 ℔. 37/37⅔/39 Sgr. bez.; Termine fest, 80 ℔. pr Frühj. 41 Sgr. Br., 40 Sgr. Gd., 120 ℔. pr Mai-Juni 41 Sgr. Br., 40 Sgr. Gd., 80 ℔ pr Sept.-Oct. 44 Sgr. Br., 42½ Sgr. Gd. Gerste unverändert, große 95/112 ℔. 26/36 Sgr., kleine 95/105 ℔. 26/34 Sgr. Br., 103 ℔. 31 Sgr. bez. Hafer fest, loco 70/85 ℔. 24/33 Sgr. Br., pr Frühj. 50 ℔. 25 Sgr. bez. Erbsen stille, weiße 30/55 Sgr., graue 30/80 Sgr., grüne 30/52 Sgr. Br. Leinsaat flau, feine 108/112 ℔. 75/100 Sgr., mittel 104/112 ℔. 55/75 Sgr., ordinäre 96/106 ℔. 35/50 Sgr. Br. Kleesaat rothe 16/28 Rp., weiße 9/22 Rp. pr Ctr. Br. Thimotheesaat 8/13 Rp. pr Ctr. Br. Leinöl 12¾ Rp., Rüböl 12¾ Rp. pr Ctr. Br. Leinkuchen 57/65 Sgr., Rübkuchen 50/54 Sgr. pr Ctr. Br. — Spiritus pr 8000 pCt. Tralles in Posten von mindestens 3000 Quart; den 20. März loco gemacht 14⅙ Rp. ohne Faß; den 21. März loco Verkäufer 14⅓ Rp., Käufer 14 1/12 Rp. o. F.; pr März Verkäufer 14⅓ Rp., Käufer 14 Rp. o. F.; pr Frühj. Verkäufer 15¾ Rp., Käufer 15½ Rp. incl. F.; pr Mai bis incl. Sept. Verkäufer 16½ Rp. incl. Faß in monatlichen Raten pr 8000 pCt. Tralles.

Bromberg, 21. März. Mittags — 1°. Weizen 44—46/48 Rp. — Roggen 27/29 Rp. — Gerste 25/27 Rp. — Erbsen 30/31 Rp. — Raps 84 Rp., Rübsen 82 Rp. — Spiritus ohne Zufuhr.

Stettin, 21. März. (Ostf. Ztg.) Weizen etwas matter, loco pr 85 ℔ gelber 47—54½ Rp., 83/85 ℔. gelber pr Frühj. 55¼, 55 Rp. bez., Mai-Juni 55½ Rp. Br., Juni-Juli 56¾ Rp. bez. u. Br., ½ Rp. Gd., Juli-Aug. 57½ Rp. bez. u. Br., Sept.-Oct. 59—58¾, ½ Rp. bez. — Roggen mehr offerirt und niedriger, pr 2000 ℔. loco 34—34⅞ Rp. bez., Frühj. 35½—35 Rp. bez. u Gd., Mai-Juni 35½, ¼ Rp. bez., Juni-Juli 36¾, ¼ Rp. bez. u. Gd, ½ Rp. Br., Juli-Aug. 37½, ⅜, ¼ Rp. bez., Sept.-Oct. 38¾ Rp. bez., 39 Rp. Br. — Gerste, loco pr 70 ℔ Märk. 30 Rp. bez. — Hafer, loco pr 47/50 ℔. 23½ Rp. bez. u. Br. — Rüböl Anfangs fest, schließt matt, loco flüssiges 12⅙ Rp. Br., März 12⅙ Rp. Br., April-Mai 12¼, ⅙, 1/12 Rp. bez., Mai 12¼, ⅙ Rp. bez. u Br., Sept.-Oct. 12 Rp. bez. u. Gd. — Spiritus Anfangs fest, schließt matter, loco ohne Faß 13⅙ Rp. bez., mit Faß 13 1/12 Rp. bez., März-April 13⅙ Rp. Br, Frühj. 13 5/12 Rp. bez., ⅓ Rp. Br., Mai-Juni 13 7/12 Rp. bez., Juni-Juli 13 11/12, 14 Rp. bez., 14 Rp. Br., Juli-Aug. 14⅓, ¼ Rp. bez., ⅓ Rp Br. — Leinsamen, Libauer 12⅓ Rp. bez. — Hering, Schott. crown und fullbrand 13¾ Rp. tr. bez. — Petroleum, wasserhelles 11 5/12 Rp. bez.

Berlin, 21. März. Weizen pr 2100 ℔. loco 44—59 Rp. nach Qual. — Roggen pr 2000 ℔. loco 82/83 ℔. 36⅛ Rp. ab Bahn bez., März 36 Rp. Br., Frühj. 35¾—⅝—⅞ Rp. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 36¼—36—¼—⅞ Rp. bez. u. Gd., 36 Rp. Br., Juni-Juli 37¼—37 Rp. bez., Br. u. Gd., Juli-Aug. 38¼—38 Rp. bez. u. Gd., ⅛ Rp. Br., Sept.-Oct. 39¼—½—39 Rp. bez. — Gerste pr 1750 ℔. große 27—34 Rp., kleine do. — Hafer pr 1200 ℔. loco 21½—24 Rp., März 21⅞ Rp. Br., März-April do., Mai-Juni 22½ Rp. Br., Juni-Juli 23½ Rp. Br., 23¼ Rp. Gd., Juli-Aug. 23¾—½ Rp. Gd. — Erbsen pr 2250 ℔. Kochw. 44—50 Rp., Futterw. 41—44 Rp. — Raps schlesisch. Winter- 95½ Rp. pr 1800 ℔. ab Boden bez. — Rüböl pr 100 ℔. ohne Faß loco 12⅓ Rp. Br., März 12¼ Rp. Br., März-April do., April-Mai 12⅕—¼ Rp. bez. u. Br., 5/24 Rp. Gd., Mai-Juni 12⅓—⅜—7/24 Rp. bez. u. Gd., ⅛ Rp. Br., Sept.-Oct. 12⅙—¼—5/24 Rp. bez., Br. u. Gd. — Leinöl loco 12⅔ Rp. Br. — Spiritus pr 8000 % loco ohne Faß 13 7/12—½ Rp. bez., März 13½—5/12 Rp. bez. u. Gd., ½ Rp Br., März-April do., April-Mai 13 13/24—⅝ Rp. bez., 7/12 Rp. Br., ½ Rp. Gd., Mai-Juni 13 19/24—⅚ Rp. bez. u. Br., ⅔ Rp. Gd., Juni-Juli 14⅙—⅛ Rp. bez., Br. u. Gd., Juli-Aug. 14 13/24—11/24 Rp bez, ½ Rp. Br., 5/12 Rp. Gd., Aug.-Sept. 14 19/24—⅔ Rp. bez. u. Gd., ¾ Rp. Br., Sept.-Oct. 14 11/12—⅞ Rp. bez. — Mehl. Wir notiren: Weizenmehl Nr. 0. 3⅔—3⅓ Rp., Nr. 0. u. 1. 3½—3¼ Rp. — Roggenmehl Nr. 0. 2⅚—2½ Rp., Nr. 0. u. 1. 2½—2¼ Rp. pr Ctr. ohne Steuer. Kleiner Handel bei etwas besseren Preisen.

Vieh.

Berlin, 20. März. (B.- u. H.-Z.) Auf hiesigen Viehmarkt waren heute an Schlachtvieh zum Verkauf aufgetrieben: 1230 Stück Hornvieh. Das Verkaufsgeschäft erreichte heute nicht bessere Preise als vorwöchentlich, obgleich ca. 300 Stück Rinder für Hamburg gekauft wurden; der Handel machte sich nur etwas lebhaft in den feineren Qualitäten und der Markt wurde von der ordinairen Waare nicht ganz geräumt; erste Qualität wurde mit 16—18 Rℳ, zweite mit 13—15 Rℳ und dritte mit 8—9 Rℳ pr 100 ℔ Fleischgewicht bezahlt. — 2870 Stück Schweine. Obgleich die Zufuhr schwächer als vorwöchentlich statthatte, so war der Handel doch nur langsam und gedrückt; eine Preissteigerung wurde nicht erzielt und auch für Hamburg nur sehr geringe Ankäufe gemacht; für feinste beste Kernwaare zahlte man 14—15 Rℳ, und für ordinaire 11—12 Rℳ pr 100 ℔ Fleischgewicht; Mehreres blieb unverkauft. — 3650 Stück Schafvieh. Es wurde nur fette kernige Waare gefragt, die auch für das Bedürfniß mehr als nöthig am Markte vorhanden, nur zu mittelmäßigen Preisen verkauft werden konnte; ordinaire Waare war nur zu sehr niedrigen Preisen zu verkaufen und blieben mehrere Posten übrig; — 916 Stück Kälber, deren bedeutende Zufuhr in der jetzigen Zeit weit das Bedürfniß überstieg und in Folge dessen die Waare nur zu mittelmäßigen Preisen verkauft werden konnte.

Verantwortlicher Redacteur H. Rickert in Danzig.

Witterungsberichte. 21. März.

Morg.		Bar. in Par. Lin.	Temp. R.			
6	Memel	337,5	—3,3	W	mäßig	bedeckt. Nachts —13,0
7	Königsberg	338,3	—9,1	W	schwach	wolkig.
6	Putbus	336,7	—7,5	W	schwach	heiter.
7	Köslin	338,5	—8,0	SW	mäßig	heiter.
6	Stettin	339,6	—6,9	S	schwach	heiter.
	Berlin	338,0	—6,6	WSW	schwach	heiter.
	Posen	360,0	—7,6	NO	s. schwach	zieml. heiter.
	Breslau	333,8	—9,2	NW	schwach	heiter, Reif.
	Köln	336,5	—5,8	O	schwach	sehr heiter.
8	Paris	336,6	—4,2	O	mäßig	schön.
	Helsingfors	335,8	—8,3	Windst.		trübe.
	Petersburg	337,3	—12,0	Windst.		bewölkt. Gestern Abend Nordlicht.
	Riga	337,6	—7,0	SW	s. stark	bewölkt.
	Moskau	331,2	—10,8	Windst.		heiter
	Stockholm	335,6	—5,4	WSW	schwach	fast bedeckt. Gestern Abend gr. Nordl.
	Gröningen(20)	339,3	—4,0	ONO	windstill	schön.
	Christiansund	336,5	—1,2	WSW	lebhaft	Schnee.

Berliner Fondsbörse vom 21. März.

Eisenbahn-Actien.

	Dividende pro 1863.	Zf.	
Aachen-Düsseldorf	3½	3½	100½ G
Aachen-Mastricht	—	4	40⅞ bz
Amsterdam-Rotterd.	6¼	4	118¼ G
Bergisch-Märk. A.	6⅝	4	139½ bz
Berlin-Anhalt	9¾	4	192 bz
Berlin-Hamburg	7¼	4	140½ bz
Berlin-Potsd.-Mgdb.	14	4	212½ bz
Berlin-Stettin	8¼	4	134¼ bz
Böhm. Westbahn	—	5	73½ et bz u B
Bresl.-Schw.-Freib.	7⅛	4	143¼ bz
Brieg-Neiße	4½	4	91¼ G
Cöln-Minden	12 1/12	3½	206 G
Cosel-Oderb. (Wilhb.)	1⅛	4	62¼ bz
do. Stamm-Pr.	4½	4½	89 B
do. do.	5	5	93½ bz
Ludwigsh.-Bexbach	9	4	149 B
Magdeb.-Halberstadt	22½	4	230 bz
Magdeburg-Leipzig	17	4	259 B
Magdeb.-Wittenb.	3	3	72 B
Mainz-Ludwigshafen	7	4	132¼ bz
Mecklenburger	2½	4	77⅝-¾ bz
Münster-Hammer	4	5	— —
Niederschl.-Märk.	4	4	97¼ B
Niederschl. Zweigbahn	2½	4	86 B

	Dividende pro 1863.	Zf.	
Nord., Friedr.-Wilh.	3 1/12	4	78 et 77½-¾ bz
Oberschl. Litt. A. u. C.	10⅛	3½	169½ bz
„ Litt. B.	10⅛	3½	149 bz
Oester.-Frz.-Staatsb.	5	5	117¼ ⅞ bz
Oppeln-Tarnowitz	2½	4	81⅛ bz
Rheinische	6	4	112 bz
do. St.-Prior.	6	4	115 B
Rhein-Nahebahn	0	4	30¾ bz
Rhr.-Cref.-K.-Gladb.	5	3½	104½ B
Russ. Eisenbahnen	—	5	79¼ G
Stargard-Posen	4½	3½	97¼ bz
Oesterr. Südbahn	8	5	146⅛ bz
Thüringer	7½	5	135¼ B

Bank- und Industrie-Papiere.

	Dividende pro 1863.	Zf.	
Preuß. Bank-Antheile	7 1/12	4½	148 bz
Berl. Kassen-Verein	6	4	130 G
Pom. R. Privatbank	5⅜	4	100¾ B
Danzig	6	4	111 G
Königsberg	5⅘	4	109½ G
Posen	5 9/15	4	101¼ bz
Magdeburg	4½	4	102 G
Disc.-Comm.-Antheil	6⅛	4	103¼ bz
Berliner Handels-Ges.	8	4	112 B
Oesterreich	6	4	83½ bz u B

Preußische Fonds.

Freiwillige Anl.	4½	102⅜ bz
Staatsanl. 1859	5	106¼ bz
Staatsanl. 50/52	4	98½ bz
54, 55, 57	4½	102½ bz
do. 1859	4½	102½ bz
do. 1856	4½	102½ bz
do. 1853	4	98⅛ bz
Staats-Schuldſ.	3½	91⅞ bz
Staats-Pr.-Anl.	3½	129½ B
Kur- u. N. Schld.	3½	90⅞ bz
Berl. Stadt-Obl.	4½	102⅞ B
do. do.	3½	89⅛ B
Börsenh.-Anl.	5	103⅜ bz
Kur- u. N. Pfdbr.	3½	87⅞ bz
do. neue	4	98⅞ bz
Ostpreuß. Pfdbr.	3½	86 G
do. „	4	94⅜ bz
Pommersche „	3½	87¼ bz
do. „	4	98⅜ bz
Posensche „	4	— —
do. neue	3½	96¼ G
do. do.	4	95⅞ bz
Schlesische „	3½	— —
Westpreuß. „	3½	85 bz
do. „	4	94½ bz
do. neue	4	94⅛ B

Kur- u. N.-Rentbr.	4	99 G
Pommer. Rentenbr.	4	99 bz
Posensche	4	97 bz
Preußische	4	99 bz
Schlesische „	4	99 bz

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	64¼ bz
do. Nat.-Anl.	5	70⅝ bz u G
do. 1854r Loose	4	80 bz
do. Creditloose	—	77½ bz u G
do. 1860r Loose	5	84⅜-⅞ bz
do. 1864r Loose	—	53⅞ bz
Inst. b. Stg. 5. A.	5	75⅛ bz
do. do. 6 Anl.	5	87½ bz
Russ.-engl. Anl.	5	89⅛ G
do. do.	3	54 G
do. do. 1864	5	90⅛ B
do. do. 1862	5	[illegible] bz
do. do. 1864 holl.	5	89 G
Russ.-Pln. Sch.-O.	4	73½ G
Cert. L. A. 300 Fl.	—	92¼ bz
do. L. B. 200 Fl.	4	— —
Pfdbr. n. in S.-R.	4	76¼ bz
Part.-Obl. 500 Fl.	—	89½ B
Hamb. St. Pr.-A.	—	— —
Kurheff. 40 Thlr.	—	56⅞ B
N. Badens. 35 Fl.	—	30⅛ bz
Schwd. 10 Thlr.-L.	—	9⅛ G

Wechsel-Cours vom 21. März.

Amsterdam kurz	4	144⅞ bz
do. 2 Mon.	4	143⅝ bz
Hamburg kurz	2½	152⅞ bz
do. 2 Mon.	2½	152⅛ bz
London 3 Mon.	4½	6 23½ bz
Paris 2 Mon.	3½	80 11/12 bz
Wien Oester. W. 8 T.	5	90¾ bz
do. do. 2 M.	5	90¼ bz
Augsburg 2 M.	4	56 26 G
Leipzig 8 Tage	5	99⅞ G
do. 2 Mon.	5	98⅞ G
Frankfurt a. M. 2 M.	3½	56 28 G
Petersburg 3 Woch.	6	90½ bz
do. 3 M.	6	89¼ bz
Warschau 8 Tage	6	81⅛ bz
Bremen 8 Tage	4½	111 bz

Gold- und Papiergeld.

Fr. Bk. m. R 99 9/10 G	Napol. 5 12½ bz
„ ohne R. 99⅞ B	Louisd'or 111 G
Oest. östr. W 90⅞ bz	Sovrgs. 6 24 G
Poln. Bkn. — —	Goldkron. 9 9 G
Russ. do. 81⅜ bz	Gold (℔) 464½ G
Dollars 1 12 G	Silber 29 29¼ G